



**Parlamentssitzung 31. Mai 2010**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19.00 – 22.15 Uhr

**Vorsitz** Christian Burren (parteilos)

**Anwesend** Annemarie Berlinger-Staub (SP)  
Bernhard Bichsel (jfk)  
Ignaz Caminada (CVP)  
Heinz Engi (FDP)  
Mario Fedeli (SP)  
Liz Fischli-Giesser (Grüne)  
Thomas Frey (BDP)  
Martin Graber (SP)  
Philippe Guéra (BDP)  
Hermann Gysel (EVP)  
Franziska Keller (BDP)  
Erica Kobel-Itten (FDP)  
Hanspeter Kohler (FDP)  
Daniel Krebs (SVP)  
Stefan Lehmann (SVP)  
Andreas Lanz (BDP)  
Patrik Locher (EVP)  
Ruedi Lüthi (SP)

Anna Mäder (SP)  
Urs Maibach (Grüne)  
Hans Moser (SVP)  
Heinz Nacht (SVP)  
Barbara Perriard (FDP)  
Hansueli Pestalozzi (Grüne)  
Jan Remund (Grüne)  
Christian Roth (SP)  
Elisabeth Rüegsegger (SVP)  
Christoph Salzmann (SP)  
Laavanja Sinnadurai (SP)  
Hugo Staub (SP)  
Stephie Staub-Muheim (SP)  
Mark Stucki (FDP)  
Barbara Thür (GLP)  
Thomas Verdun (SVP)  
Ulrich Witschi (BDP)  
Rolf Zwahlen (EVP)

**Entschuldigt** Thomas Herren (FDP)  
Niklaus Hofer (SVP)

Ursula Wyss (Grüne)

**Gemeinderat** Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident  
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident  
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)  
Urs Wilk (FDP)

**Sekretärin** Verena Remund

**Protokoll** Ruth Spahr

## Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 3. Mai 2010 .....	75
2. Kommissionsersatzwahlen.....	75
3. Kreditabrechnungen.....	75
4. Änderung Nutzungsplan, Teilgebiet Oberwangen .....	77
5. Bilanz Legislaturplanung 2006-2009.....	79
6. 0935 Motion (FDP/jfk) "Ausgeglichenen Finanzhaushalt langfristig sichern" .....	83
7. 0936 Motion (SVP) "Finanzplanung".....	86
8. 0522 Postulat (überparteilich) "Belebung des Kultur- und Begegnungszentrums in Köniz" .....	89
9. 0729 Postulat (SP) "Energiepionierin Köniz: eine Bauzone für ökologische Bauten!" .....	90
10. 0806 Postulat (SP) "Belagswerk sofort sanieren oder sonst stilllegen!" .....	91
11. 0937 Motion (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz" .....	93
12. 1002 Interpellation (Locher, EVP) "Jugendlokal Köniz/Liebefeld" .....	96
13. Verschiedenes.....	98

## **Begrüssung**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung.

Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## **Mitteilungen**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Annemarie Berlinger-Staub übernimmt für heute das Amt als Stimmzählerin. Der Aktenversand erfolgte am 6. Mai 2010. Mit dem Nachversand vom 19. Mai 2010 erhielten Sie das Protokoll der Sitzung vom 5. Mai 2010. Eine Bitte: Dringliche Vorstösse sollten vor der Pause eingereicht werden, damit das Parlamentsbüro über die Dringlichkeit entscheiden kann.

## **Traktandenliste**

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### **1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 3. Mai 2010**

**Thomas Verdun (SVP):** Auf Seite 62 ist im ersten Abschnitt das Wort "komprimiert" durch "deformiert" oder "beschädigt" zu ersetzen.

**Stephie Staub (SP):** In Ergänzung zu meinem Votum unter dem Traktandum "Verschiedenes": Wer Geld für eine Parkplatzgebühr benötigt, kann dies aus dem angesprochenen Glas entnehmen und wer keine Parkplatzgebühren bezahlt, kann diesen Obolus freiwillig ins Glas entrichten, muss aber nicht.

Das Protokoll der Sitzung vom 3. Mai 2010 wird mit der angebrachten Änderung genehmigt.

### **2. Kommissionsersatzwahlen**

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt das Traktandum.

### **3. Kreditabrechnungen**

Kenntnisnahme und Nachkredite; Direktion Präsidiales und Finanzen

**GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP):** Da keine der Kreditabrechnungen einen Nachkredit von mehr als 200'000 Franken benötigt, nimmt das Parlament lediglich Kenntnis davon. Die Genehmigung von Krediten unter 200'000 Franken liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Folgender Fehler hat sich im Antrag eingeschlichen: Am Schluss jeder Abrechnung ist ein Kästchen mit "Antrag" aufgeführt. Dieses ist für den Gemeinderat bestimmt und hätte in der Vorlage für das Parlament gelöscht werden müssen.

Die GPK durfte feststellen, dass zu jeder Abrechnung die notwendigen Begründungen vorliegen. Ausserdem liegt mir eine Liste vor, aus der ersichtlich ist, dass zurzeit noch sieben Kredite aus dem Jahr 2003 und älter nicht abgerechnet sind. Das ist ein gewaltiger Fortschritt. Ich spreche dem Gemeinderat und der Finanzkontrolle an dieser Stelle meinen Dank für die Erledigung der Pendenzen aus.

Einige Fragen sind gestellt worden. Zu den Abrechnungen 3 und 4, die Kultur betreffend, wurde gefragt, weshalb die Kreditabrechnungen nicht rechtzeitig erledigt werden konnten. Infolge des personellen Wechsels der Leiterin der Fachstelle Kultur (Pensionierung) musste sich die neue Leiterin zuerst einarbeiten. Uns ist versichert worden, dass dies ein Einzelfall sei. Zu den Krediten 7 und 8, die noch älteren Datums sind, wurde wie folgt Stellung genommen: Hier waren noch Grundeigentümerbeiträge hängig. Bei der Hubelhüsistrasse wurde gänzlich auf die Grundeigentümerbeiträge verzichtet und die bereits einbezahlten Beiträge sind zurückbezahlt worden. Die betroffenen "alten" Anstösser haben sich mit Einsprachen gegen die Entrichtung der Beiträge gewehrt, weil die Sanierung der Erschliessung des neuen Strassweidquartiers diene. Beim Strassweidweg ist auf 40 Prozent der Grundeigentümerbeiträge verzichtet worden, weil sich auch hier die Anstösser der "alten" Strassweidwegsiedlung gegen eine Beteiligung gewehrt haben.

Allgemein ist in der GPK noch gefragt worden, weshalb interne Leistungen von der Finanzkontrolle zwar ausgewiesen werden, aber nicht als Grundlage für die Weiterverrechnung bei Subventionen oder Grundeigentümerbeiträgen dienen oder wie die unternehmerische Leistung der Gemeinde in die Abrechnungen einbezogen wird. Zum Teil sind interne Leistungen ausgewiesen, z. B. bei Kredit 5. In den Krediten 7 und 8 sind keine internen Leistungen ausgewiesen. Zu diesen Fragen wird der Gemeindepräsident im Anschluss Stellung nehmen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, von den Krediten gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmend Kenntnis zu nehmen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** An der GPK-Sitzung sind einige Fragen aufgetaucht. Damit die Gemeinde Subventionen für Bauvorhaben von Bund oder Kanton erhält, müssen die Grundsätze des Subventionsgebers beachtet werden. Ob der Aufwand für die Bauvorhaben extern oder intern entsteht, ist dabei nicht von Bedeutung. Ein Beispiel: Bei Kreditabrechnung 5 sind 13 Hydranten ersetzt oder neu erstellt worden. Der Kanton subventioniert 3'000 Franken pro Hydrant, ob diese durch die Gemeinde oder durch Externe erstellt werden, spielt keine Rolle. Handelt es sich um Beiträge von Grundeigentümern, müssen wie in Kreditabrechnung 5, Ersatz der Hauptwasserleitung, die Kosten für die privaten Hausanschlüsse selber bezahlt werden, währenddem die eigentliche Hauptleitung auf öffentlichem Terrain zu Lasten der Wasserversorgung Köniz übernommen werden muss. Die Arbeiten für den Anschluss der privaten Hauseigentümer werden von denselben zum Teil an Externe vergeben oder an die Gemeindebetriebe. Werden die Arbeiten für den Hausanschluss von den Gemeindebetrieben vorgenommen, werden die dazu notwendigen Arbeiten voll verrechnet. Die Frage, weshalb es sich beim Kredit 6 um einen Bruttobetrag handelt, beantworte ich wie folgt: Wir haben dort auf die Grundeigentümerbeiträge verzichtet, d. h. wir haben keine Einnahmen generiert. Brutto ist demnach gleich netto und dementsprechend ausgewiesen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP):** Die BDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die vorgelegten Kreditabrechnungen. Wir sind froh, ist die Liste der Kreditabrechnungen kleiner und damit übersichtlicher geworden. Zwei Bemerkungen: Bei den Kreditabrechnungen 3 und 4 sind die Gründe für die verspätete Vorlage durch den GPK-Referenten ausgeführt worden. Der Gemeindepräsident hat an der GPK-Sitzung erklärt, dass Massnahmen getroffen worden sind. Das begrüssen wir sehr, erwarten aber, dass die Massnahmen auch nützen und solches nicht mehr vorkommen wird. Weshalb die Eigenleistungen der Gemeindebetriebe in Kredit 5 ausgewiesen sind, ist durch Gemeindepräsident Luc Mentha erklärt worden. Wir sind der Meinung, dass solche Eigenleistungen – Bauleistungen – in den Krediten im Sinn von finanzieller Transparenz auszuweisen sind. Es darf nicht sein, dass Bauleistungen quasi als Puffer benützt werden.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Dass die Kreditabrechnungen im Kulturbereich – Kredite 3 und 4 – nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnten, ist uns nicht recht. Ergänzend halte ich fest, dass ein Personalwechsel infolge Pensionierung dazu geführt hat. Wir haben bei der Anstellung der neuen Leiterin der Fachstelle Kultur entschieden, das Pensum von 100 auf 80 Prozent zu reduzieren. Nach einem Jahr müssen wir nun feststellen, dass die Ressourcen zu knapp sind und haben das Pensum per 1. Januar 2010 wieder auf 100 Prozent aufgestockt.

**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Ich danke dem Gemeinderat für die detaillierten Erklärungen in Bezug auf die Eigenleistungen zu Kreditabrechnung 5. Schade finde ich es, dass dies nur auf Kreditabrechnung 5 ausgelegt wird. Die gestellte Frage ist weitergehend und allgemein gestellt worden. Interne Leistungen müssen auch andernorts mitberücksichtigt werden, vor allem dann wenn es sich um Anlegerbeiträge oder um Subventionen handelt. Ich wünsche, dass dieses Thema weiterverfolgt wird.

---

### **Beschluss**

Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Niederwangen Ried, städtebauliche Qualitätssicherung
- Ersatz Einsatzfahrzeug Einsatzzug 3 und 4 durch Kleintanklöschfahrzeug
- Regionale Kulturkonferenz (2004 – 2007)
- Verein Kultur- und Begegnungszentrum Haberhuus (2004 – 2007)
- Wabern, Gosset-, Au-, Eichholz- und Sonnmattstrasse und Pappelweg, Ersatz der Hauptwasserleitung
- Mittelhäusern, Hubelhüsistrasse
- Mittelhäusern, Strassweidweg, Detailerschliessung
- Areal alte Migros Köniz, Landorfstrasse

(abgegebene Stimmen: 37 zustimmende Kenntnisnahme)

---

#### **4. Änderung Nutzungsplan, Teilgebiet Oberwangen**

Genehmigung Botschaft und Stimmzettel; Direktion Planung und Verkehr

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Die Genehmigung der neuen Botschaft an die Stimmberechtigten und des Stimmzettels durch das Parlament stehen noch aus. Das Geschäft als solches ist an der Sitzung vom 22. März 2010 beraten und verabschiedet worden. Die neue Fassung der Botschaft und des Stimmzettels sind uns zugesandt worden. Wir gehen wie folgt vor: Es findet keine allgemeine Diskussion mehr statt, sondern nur noch die Detailberatung über die Abstimmungsbotschaft. Eine Anmerkung an die Redaktionskommission: Das Parlament kann die Botschaft in der vorliegenden Form genehmigen oder die Botschaft der Redaktionskommission noch einmal zur Überarbeitung überlassen. In jedem Fall hat die Redaktionskommission die Aufgabe, die Pro- und Kontra-Argumente für die Abstimmungsbotschaft zu verfassen. Dabei hat sie sich auf das Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. März 2010 zu stützen.

**GPK-Referentin Erica Kobel-Itten (FDP):** Wie bereits erwähnt worden ist, haben wir an der Parlamentssitzung vom 22. März 2010 über die Änderung des Nutzungsplans debattiert und sie genehmigt, verbunden mit dem Wunsch, in der Botschaft einige Änderungen anzubringen. Heute diskutieren wir lediglich über die korrigierte Abstimmungsbotschaft. Die GPK hat diese anhand des Protokolls vom 22. März 2010 geprüft. Folgende Korrekturen sind verlangt worden: Die Folgekosten für die Erschliessung und Einzonung sollen in der Botschaft aufgeführt sein. Weiter wurde gewünscht, dass die Verkehrserschliessung besser, d. h. genauer darzustellen ist, wie auch die Aufführung der Anzahl Parkplätze und allfällige Folgen für die Parkplatzsituation, wenn sich eine zweite Unternehmung dort ansiedelt. Ausserdem soll in der Botschaft eine Ansicht mit Strassenbild abgebildet sein sowie die korrekte Grösse des Gebietes in Quadratmetern. Die GPK hat die einzelnen Punkte überprüft und wir sind der Überzeugung, dass alle verlangten Punkte in der nun vorliegenden Abstimmungsbotschaft enthalten sind. Anlässlich der GPK-Sitzung ist eine Änderung aus der Direktion Planung und Verkehr selber angebracht worden: Auf Seite 18 ist unter dem Kapitel "Vorprüfung" enthalten, dass die neue Linksabbiegespur auf der Freiburgstrasse in einem separaten Strassenplanverfahren aufzulegen und vom Gemeinderat zu beschliessen ist. Der Kanton verlangt neu kein Strassenplanverfahren, sondern ein Bewilligungsverfahren. Auf Seite 17 sind zwei Plan-Bilder aufgeführt, zuerst der neue Nutzungsplan und darunter der alte. Das ist gemäss unserer Logik falsch und die beiden Bilder werden in der Abstimmungsbotschaft getauscht.

Fazit: Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, die korrigierte Abstimmungsbotschaft und den Stimmzettel der Stimmbevölkerung zur Annahme zu beantragen.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

### **Detailberatung**

#### **Seite 14**

**Urs Maibach (Grüne):** Ich danke für die vorgenommenen Ergänzungen in der Abstimmungsbotschaft. Ich beantrage, auf Seite 14 den Satz: "Für den gesamten Werkstandort im Vollausbau (zwei Hallen) können erst präzisere Angaben gemacht werden, wenn die anzusiedelnden Firmen und Betriebszweige bekannt sind", wie folgt zu ändern: "Für den gesamten Werkstandort im Vollausbau (zwei Hallen) *können noch keine Angaben gemacht werden.*"

#### **Seite 19**

**Urs Maibach (Grüne):** Mir ist es ein Anliegen, dass die Folgekosten für die Realisierung der öffentlichen Abwasser-Erschliessung in der Abstimmungsbotschaft ausgewiesen sind. Ich frage mich, ob der ausgewiesene Betrag von rund 150'000 Franken richtig ist. Wir sprechen hier von einer Kanalisationslänge von rund 400 bis 500 Metern. Die Kosten pro Meter betragen rund 300 Franken und scheinen mir eher tief zu liegen. Muss der Grundeigentümer von diesem ausgewiesenen Betrag einen Teil übernehmen? Für den Gemeindegänger entstehen hier keine direkten Kosten, aber Folgekosten.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Der von Urs Maibach angesprochene Betrag für die öffentliche Abwasser-Erschliessung von rund 150'000 Franken (genau 150'080 Franken) stimmt. Die Kosten pro Laufmeter betragen 500 Franken, da die Abwasser-Erschliessung auf dem Land vorgenommen werden muss. Eine detaillierte Kostenaufstellung der Gemeindebetriebe liegt vor. Der von Urs Maibach angesprochene Satz ist deshalb so verfasst worden, weil im nächsten Abschnitt Angaben für den Vollausbau vorhanden sind: "Bei Vollausbau entstehen nach aktueller Projektierung...".

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Wir stimmen zuerst über den Antrag von Urs Maibach für folgende Änderung ab: "Für den gesamten Werkstandort im Vollausbau (zwei Hallen) können erst präzisere Angaben gemacht werden, wenn die anzusiedelnden Firmen und Betriebszweige bekannt sind", wie folgt zu ändern: "Für den gesamten Werkstandort im Vollausbau (zwei Hallen) *können noch keine Angaben gemacht werden.*"

---

#### **Beschluss**

Der Änderungsantrag von Urs Maibach wird abgelehnt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

#### **Beschluss**

Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut des Stimmzettels.  
(abgegebene Stimmen: 36 zustimmend, 1 Enthaltung)

---

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Anlässlich der GPK-Sitzung ist gefragt worden, ob die Einzonung von 1'200 m<sup>2</sup> in der Ortsplanungsrevision kompensiert werden kann. Ich habe versprochen, diese Frage heute zu beantworten. Weil inzwischen aber von der SP/JUSO-Fraktion die Motion 1003 "Kompensation des Landbedarfs für neue Verkehrsanlagen" eingereicht worden ist, die beinhaltet, dass die Einzonungen für die neue Tramlinie in der laufenden Ortsplanungsrevision zu kompensieren sind, kann ich die versprochene Antwort heute nicht geben. Es ist in meinen Augen wichtig, dass der Gemeinderat beides zusammen betrachten kann. Die Frage in Bezug auf die Einzonung wird zusammen mit der Motion 1003 beantwortet.

## 5. Bilanz Legislaturplanung 2006-2009

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um einen Blick zurück in die Vergangenheit. Im Herbst 2006 hat das Parlament mit 18 Stimmen zustimmend und mit 20 Stimmen teilweise zustimmend Kenntnis von der Legislaturplanung 2006 – 2009 genommen. Mit dem IAFP hat der Gemeinderat jeweils jährlich das Controlling der Legislaturziele zur Kenntnis gebracht. Das Parlament konnte demnach ständig das Gedeihen der Umsetzung verfolgen. Nun geht es um ein letztes Controlling, bzw. um die Schlussbilanz. Die Vizepräsidentin der GPK, Erica Kobel-Itten und ich als GPK-Präsident haben das Geschäft mit dem Gemeindepräsidenten vorbesprochen, das in der GPK vor einer Woche eingehend diskutiert worden ist. Wir haben uns vor allem auf das Papier "Controlling" konzentriert, das die Beurteilung der Zielerreichung enthält. Die bebilderte Broschüre ist eine Zusammenfassung des Gemeinderats für den eiligen Leser, die eilige Leserin ausserhalb des Parlaments. Es ist nicht die Aufgabe der GPK, über die Art und Weise und die Tonalität der Zusammenfassung zu urteilen. Zur Stellungnahme im Controllingbericht sind dem Gemeinderat ausgiebig Fragen gestellt worden und wir haben vom Gemeindepräsidenten ausführlich Antwort erhalten. Die Fragen haben sich auf vertiefende Erklärungen zu den Begründungen einerseits bezogen. Andererseits sind Fragen zur Weiterentwicklung von einzelnen Themen aufgetaucht, wie z. B. über den Stand der Überbauung Hertenbrünnen. Aus Zeitgründen verzichte ich auf eine Darlegung der Fragen und Antworten, denn ich gehe davon aus, dass dort wo Interesse bestanden hat, die Fraktionen durch ihre GPK-Vertretungen orientiert worden sind. Ich erwähne einzig, dass beim Ziel 1.2.1 "Wohnumfeld-Aufwertung mittels eines Pilotprojekts realisieren", die Begründung für dessen Streichung gefehlt hat. Dazu ist uns erklärt worden, dass für die Erreichung dieses Legislaturziels in der Verwaltung die Zeit gefehlt hat, da sie mit der Planung der neuen Tramlinie und der Ortsplanung stark ausgelastet ist.

Bei der Beurteilung von 38 Indikatoren ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Ziele erreicht worden sind. Bei 9 Indikatoren sind sie teilweise erreicht worden, bei 10 nicht und drei Legislaturziele sind gestrichen worden. Das ist eine rein quantitative Zusammenfassung, ohne Bewertung. Ansonsten müssten die Ziele gewichtet werden. Ich nehme an, dass die Vermittlung von Jugendlichen mithilfe des "Inizio" oder die Aufwertung einer öV-Haltestelle zwar wichtig sind, aber nicht gleich aufwändig wie z. B. die Beseitigung des Bilanzfehlbetrags. Die GPK geht mit mir einig, dass dem Gemeinderat kein Vorwurf zu machen wäre, wenn einzelne Ziele nicht erreicht worden sind. Es wäre falsch, wenn er sich nur noch Ziele steckt, die er absolut sicher erreichen wird. Mit dem Mix an Erreichtem, teilweise Erreichtem und nicht Erreichtem ist der Gemeinderat gemäss Auskunft des Gemeindepräsidenten zufrieden. Er ist sich aber auch bewusst, dass die Arbeit damit nicht zu Ende ist. Wir erwarten deshalb, dass die teilweise erreichten und nicht erreichten Ziele in der neuen Legislaturplanung noch einmal betrachtet werden. Ob sie aufgenommen werden oder nicht, werden wir sehen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, die Bilanz zur Legislaturplanung 2006 – 2009 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Zuhanden einer allfällig nachfolgenden Diskussion im Parlament weise ich darauf hin, dass sich unsere Kenntnisnahme auf die Beurteilung der Zielerreichung und die Begründungen bezieht und nicht auf die Zielmassnahmen oder die Indikatoren selber. Wie einleitend erwähnt, haben wir diese vor vier Jahren zur Kenntnis genommen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Bei der Drucklegung der Berichterstattung zur Legislaturplanung lag uns das Rechnungsergebnis 2009 noch nicht definitiv vor und deshalb ist es nicht dasselbe, wie Sie es inzwischen zur Kenntnis nehmen konnten.

**Parlamentspräsident Christian Burren** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Ulrich Witschi (BDP):** Mit der Bilanz der Legislaturplanung 2006 – 2009 haben wir ein Beispiel in der Hand, dass das Berichtswesen in der Gemeindeverwaltung grundsätzlich gut ausgebaut ist. Weil die BDP-Fraktion bei der Kenntnisnahme der Legislaturziele 2006 – 2009 noch nicht im Parlament vertreten war, verzichteten wir heute bewusst auf einen inhaltlichen Kommentar dazu. Wir möchten aber die Gelegenheit nützen, einige grundsätzliche Gedanken und Erwartungen an die neuen Ziele und an den nächsten Bericht zu formulieren. Erstens zur der Kenntnisnahme der neuen Ziele: Die neue Legislatur ist nun bereits fünf Monate alt und von den Zielen dieser Periode haben wir noch nichts gehört. Wir erwarten, dass die neuen Ziele so früh als möglich formuliert und kommuniziert werden. In der Regel werden solche Fragen in den ersten 100 Tagen der Legislatur erledigt.

Sinn gemäss gilt dies auch für die Erstellung der Bilanz. Zweitens die Kommentare zur Zielerreichung im Controllingbericht: Hier erwarten wir in Zukunft etwas griffigere Aussagen. Allgemeinsätze oder generelle Formulierungen tragen wenig zum Verständnis der Sachlage bei, bzw. zum Verständnis weshalb die Zielerreichung wie dargestellt ausgefallen ist. Drittens waren wir etwas irritiert, als wir die beiden Dokumente "Bilanz Legislaturplanung 2006 – 2009" und "Controlling Legislaturplanung" verglichen haben. Sie beschreiben die gleiche Periode, aber die Gewichtung der Zielerreichung divergiert teilweise merklich. Klar ausgedrückt: Die Bilanz stellt die Situation wesentlich positiver dar. Hier erwarten wir, dass in Zukunft beide Dokumente ähnlich differenziert ausfallen werden.

Die BDP-Fraktion wird die vorliegende Bilanz zustimmend zur Kenntnis nehmen. Die neuen Ziele werden aber rasch erwartet. Die nächste Bilanz werden wir inhaltlich kritischer betrachten.

**Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP):** Planung ist gut, Kontrolle ist alles. So könnte man sich verkürzt zu diesem Geschäft äussern. Der Gemeinderat kann sich noch so schöne, wichtige und gut tönende Legislaturziele setzen. Wenn er sie nicht umsetzt, bleiben sie Makulatur. Im vorliegenden Fall können wir dem Gemeinderat, letztlich aber auch dem Parlament, das vier Jahre lang mitgeholfen, hinterfragt und gestossen hat, eine gute Note ausstellen. Vor vier Jahren sind wir bei der Behandlung der Legislaturplanung nicht in allen Punkten einverstanden gewesen und haben sie teilweise zustimmend zur Kenntnis genommen. Unserer Fraktion erschienen die Gewichtungen vor allem in der Finanzpolitik nicht ganz richtig gesetzt. Auch in diversen anderen Geschäftsfeldern hätten wir gerne angepasste Zielsetzungen gehabt. Wir sind auch heute der Meinung, dass uns die vergangenen vier Jahre Recht gegeben haben. Das ist jedoch jetzt nicht Thema, denn es geht ausschliesslich um die Beurteilung der Zielerreichung der damals gewählten Ziele, ob richtig oder falsch. Die Zielerreichung ist weitgehend gut. Einige Verzögerungen, einige teilweise erreichten Ziele wie auch nicht erreichte Ziele sind vorhanden. Die dazu abgegebenen Erklärungen scheinen aber plausibel und sind in den meisten Fällen nachvollziehbar. Häufig haben externe Faktoren für die teilweise oder Nichterreicherung der Ziele mitgespielt. Zugegebenerweise könnte bemängelt werden, dass Ziele vielleicht allzu ehrgeizig gesetzt worden sind. Mir persönlich sind aber ehrgeizige Ziele lieber als solche, bei denen von Anfang an klar ist, dass sie automatisch erreicht werden und damit reine Alibiziele sind. Bedauerlich finden wir aber, dass zentrale Zielsetzungen wie die Deblockierung von Arealen in Arbeitszonen oder eine Überbauungsordnung in einem Quartierzentrum leider nicht erreicht werden konnten. Dort erwarten wir für die Zukunft weiteres Engagement des Gemeinderats. Korrekt ist unserer Meinung nach hingegen, dass nicht realistische oder nicht durchführbare Ziele gestrichen werden. Es hat keinen Sinn, rein deklamatorische Ziele über Jahre vor sich hin zu stossen. Das ist als Aufforderung für die neue Legislaturplanung gedacht. Wir erwarten zwar ehrgeizige, aber immer auch realistische Ziele und keine politische Selbstdarstellung.

Die FDP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Bilanz der Legislaturplanung 2006 – 2009. Eine kritische Bemerkung haben wir zum Schluss: Wir haben uns ernsthaft gefragt, wozu die eher biedere und inhaltsleere Zusatzbroschüre gut sein soll, ausser dass mit deren Herstellung in der Verwaltung Zusatzaufwand generiert wird. Das ist mit Sicherheit kein Legislaturziel.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Vor vier Jahren hat sich der Gemeinderat ein modernes Instrument gegeben, mit Zielen, Massnahmen, Indikatoren, mit Zeitplan und jährlicher Berichterstattung. Nun liegt uns der Schlussbericht vor. Der Gemeinderat hat die Planung selber erstellt, selber kontrolliert und selber bewertet. Das ist eigentlich eher ein Autocontrolling. Wir Parlamentsmitglieder können zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis davon nehmen. Wer nun aber denkt, der Bericht sei geschönt, täuscht sich. Wir sind der Meinung, dass dies keine Selbstbeweihräucherung ist, sondern es wurde durchaus selbstkritisch und streng geurteilt. Drei Beispiele: Punkt 2.1.2 "Bestehende Unternehmen mit Erweiterungs- und Veränderungsbedürfnissen unterstützen": Ziel war die Schaffung von 400 Arbeitsplätzen, erreicht worden sind 2'500. Auch wenn dies nicht allein ein Verdienst des Gemeinderats ist, hätte er bei der Bewertung durchaus "Ziel übertroffen" eintragen können, was er nicht getan hat. Punkt 3.3.1 "Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Förderung der Integration": Erreicht worden ist neben der Schaffung der Rechtsgrundlage ein Integrationskonzept und die Schaffung der Fachstelle Integration. Auch hier wurde das Ziel übertroffen. Punkt 6.1.2 "MINERGIE-Standard im privaten Bauen fördern", Anteil MINERGIE an Energiebezugsfläche bei Neubauten. 40 Prozent (im Durchschnitt der Jahre 2007-2009): Dieses Ziel ist gestrichen worden, obwohl inhaltlich argumentiert werden könnte, dass infolge der Verschärfung der kantonalen Energievorschriften in dieser Periode heute alle Neubauten annähernd im MINERGIE-Standard realisiert werden müssen. Bei einigen Themen ist die Messlatte jedoch tief angesetzt worden.



Die Übertreffung solcher Ziele ist einfach, wie z. B. im Punkt 5.2.4 "Förderung Langsamverkehr" die Schaffung einer Begegnungszone. In Bezug auf den Langsamverkehr ist gemäss dem REK (Raumentwicklungskonzept) das langfristige Ziel, dass der Anteil Langsamverkehr im Zentrum von Köniz ein Drittel des Gesamtverkehrs beträgt. Hier erwarten wir für die nächste Legislaturplanung, dass die Ziele mit besseren Indikatoren höher gesteckt werden. Dasselbe zum Thema Energie. Köniz ist zu 90 Prozent von nicht erneuerbarer Energie abhängig. Auch hier erwarten wir ehrgeizige und griffige, aber erfüllbare Ziele.

Wieso hat der Gemeinderat so streng beurteilt? Insgesamt scheint uns Grünen die Legislaturbilanz gut bis sehr gut. In Köniz hat sich einiges bewegt. Die Bilanz kann sich sehen lassen und dafür bedanken wir uns beim "alten" Gemeinderat herzlich. Fällt die Bilanz so gut aus, muss die Selbsteinschätzung nicht geschönt werden. Wir sind gespannt auf die nächste Legislaturplanung. Auch wir erwarten, dass die teilweise und nicht erfüllten Ziele wieder aufgenommen werden und dass die Messlatte nicht zu tief angesetzt wird.

Wir nehmen zustimmend Kenntnis von der Legislaturplanung 2006 – 2009.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Auch ich habe – wie Christoph Salzmann - gezählt und bin zum Schluss gekommen, dass rund die Hälfte der Ziele erreicht worden sind, dass knapp 30 Prozent verzögert oder teilweise erreicht worden sind, ein Sechstel nicht erreicht und die letzten 5 Prozent gestrichen worden sind. Wir müssen nicht beurteilen ob dies gut ist oder nicht. Dass aber das ganze Controlling so vorgenommen wird, ist in unseren Augen gut. Für die Zielsetzung in der laufenden Legislatur sind wir der Meinung, dass zwei Stufen geschaffen werden sollten. Eine Stufe für die Zuhörer und eine Stufe für das Parlament. Für die Zuhörer könnten zwei Themen interessant sein: Die Finanzen und die Integration. Die Finanzen sind ein grosses Thema. Die Integration – nicht nur von Fremdsprachigen, sondern auch von Jungen, Älteren, von Freiwilligen, Kulturbewussten und Kulturbanausen, von MIV-Benutzern und von Sicherheitsgefühlreduzierern, usw. – ist ein wichtiges Thema. Das eine oder andere Ziel, das in der Legislatur 2006 – 2009 nicht oder nur teilweise erreicht worden ist, wie z. B. die Entwicklung von Quartierzentren oder des Schlossareals oder die Förderung von Nachhaltigem Bauen, müssen weiterhin Ziele sein, die es zu erreichen gilt.

**Fraktionssprecher Daniel Krebs (SVP):** Die SVP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Bilanz der Legislaturplanung 2006 – 2009. Im Jahr 2006 ist im Parlament bemängelt worden, dass die Ziele nicht klar formuliert sind. Wir sind heute der Auffassung, dass dies besser geworden ist. Im Controlling ist ersichtlich, dass die meisten Zielsetzungen erfüllt worden sind. Mit dem Zusatzbericht hinter jeder Ziffer ist ersichtlich, weshalb zum Teil sehr hoch gesteckte Ziele nicht erfüllt oder gestrichen worden sind. Auch wenn die Debatte hier Vergangenheitsbewältigung ist, möchten wir dem Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit während der letzten Legislatur danken.

**Fraktionssprecher Ruedi Lüthi (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Bilanz der Legislaturplanung 2006 – 2009. Wir bringen Anregungen für die Zukunft an, damit das Controllinginstrument transparenter wird. Wir haben nicht den Anspruch, dass alle gesteckten Ziele auch zu erreichen sind. Dort wo die Ziele nicht oder nur teilweise erreicht worden sind, soll in Prozenten klar ersichtlich sein, wie viel erreicht worden ist und welche Punkte nicht erreicht worden sind. Ersichtlich sollten auch die Massnahmen sein, die zur Zielerreichung eingesetzt werden sollen.

**Anna Mäder (SP):** Ich bringe zwei Bemerkungen im Blick auf die künftige Legislaturplanung an. Die eine zum Thema Mobilität, Punkt 5.2.2 "Sanierung Kirchstrasse, Abschnitt Unterführung BLS bis Einmündung Seftigenstrasse in Wabern": Die Sanierung lässt auf sich warten. Jahr für Jahr ist die Priorisierung zurückgestuft worden. Wenn in der Begründung zu lesen ist, dass personelle Engpässe sowie Projekte mit höherer Priorität zu Verzögerungen geführt haben, wird diese Botschaft in Wabern bei der Bevölkerung nicht verstanden. Auch finanzpolitisch ist solches Vorgehen nicht sinnvoll. Der Belag vor dem Wabernstock ist provisorisch saniert worden, was reine "Pflasterlipolitik" ist. Die tiefen Rinnen auf der Dorfstrasse bei der Einmündung in die Seftigenstrasse sind uns erhalten geblieben und es ist eine Frage der Zeit, bis der erste Velofahrende dort einen Unfall erleidet. Die Waberer Bevölkerung erwartet, dass die lang angekündigte Sanierung nun wirklich an die Hand genommen wird. Die zweite Bemerkung zum Punkt 8.2 "Ausgeglichene Vertretung beider Geschlechter in Kaderpositionen / Förderung von Teilzeitarbeit": Der Indikator war ein Verhältnis von 25 Prozent Frauen zu 75 Prozent Männer. Effektiv beträgt der Frauenanteil im Kader 20 Prozent. Ich bin der Meinung, das ist beschämend. Schon die Zielsetzung war nicht ambitiös und nicht einmal diese ist erreicht worden.

Das ist kein Ruhmesblatt für eine Gemeinde, die sich gerne als fortschrittlich und innovativ bezeichnet. Die Begründung, dass Kaderstellen in typischen Männerberufen zu besetzen gewesen sind, ist dünn. Zumal Gegenbeispiele vorhanden sind: Gerade kürzlich wurde die zurückgetretene Leiterin der Personalabteilung durch einen Mann ersetzt.

Ein letztes Wort zur Bilanz der Legislaturplanung 2006 – 2009: Wenn zu lesen ist, dass das Ziel, den Frauenanteil auf 25 Prozent zu erhöhen, als "nicht ganz erreicht" bezeichnet wird, ist – mit Verlaub gesagt – die Bilanz beschönigt.

**Ignaz Caminada (CVP):** Im Antrag des Gemeinderats steht: "Das Parlament nimmt Kenntnis von der Bilanz zur Legislaturplanung 2006 – 2009". Als Beilagen sind aufgeführt: Bilanz zur Legislaturplanung 2006 – 2009, Controlling Legislaturplanung, Legislaturplanung 2006 – 2009. Christoph Salzmann hat vorhin erklärt, dass das bebilderte Dokument – Bilanz Legislaturplanung 2006 – 2009 – nicht für die Parlamentsmitglieder ist. Wir sollen hier aber davon Kenntnis nehmen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Obwohl wir hier verschiedene Unterlagen erhalten haben, müssen wir nur vom "Controlling Legislaturplanung 2006 – 2009" Kenntnis nehmen.

**Christoph Salzmann (SP):** Selbstverständlich ist in diesem Geschäft beides – das "Controlling Legislaturplanung 2006 – 2009" wie die "Bilanz Legislaturplanung 2006 – 2009" zu beurteilen. Die GPK-Mitglieder haben sich um die präzise Rechenschaftsablegung im Controlling bemüht und dazu Fragen gestellt. Im Controlling ist "Fleisch am Knochen". Der Bericht ist in unseren Augen ein PR-Instrument für den eiligen Leser, die eilige Leserin.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke für die insgesamt positive Beurteilung der Bilanz der Legislaturplanung 2006 - 2009. Die Legislaturziele sind kein Projekt des Gemeindepräsidenten, sondern ein Gemeinschaftswerk der gesamten Exekutive, das in einem sorgfältigen Prozess gemeinsam erarbeitet worden ist. Jedes Gemeinderatsmitglied hat mit dem betroffenen Personal in den Direktionen an der Umsetzung gearbeitet. Weil das vorliegende Geschäft nicht meines allein ist, möchte ich nicht in die Tiefe gehen und auf die Voten reagieren. Wir haben die Anregungen und Kritikpunkte gehört und werden sie bei der weiteren Erarbeitung der Legislaturziele 2010 – 2014 berücksichtigen.

Zu einigen Stichworten nehme ich Stellung. Die BDP-Fraktion wünscht, dass die Legislaturziele raschmöglichst vorliegen sollen. Wir werden uns bemühen, diesen Wunsch zu erfüllen und sind gegenwärtig auf einem guten Weg. Zum Sprecher der FDP-Fraktion: Ich nehme zur Kenntnis, dass wir uns intensiver für Deblockierungen ins Zeug legen sollten. Zur Deblockierung von nicht verfügbaren Arealen in der Arbeitszone, kann ich Folgendes festhalten: Das erste Areal im Buchseequartier, das der Burgergemeinde gehört, haben wir deblockiert und die Burgergemeinde hat positiv auf die Anregung reagiert, eine Nullenergiesiedlung zu realisieren. Anlässlich von Testgrabungen des Archäologischen Dienstes musste jedoch festgestellt werden, dass die römischen Ausgrabungen fast das ganze Areal betreffen. Die Kostenfolgen wären dermassen hoch, dass diese Deblockierung gescheitert ist. Das zweite Areal in der Juch/Hallmatt gehört der Migros und ist für uns eine unerfreuliche Situation. Wir haben in der vergangenen Legislatur mehrmals mit der Migros intensive Verhandlungen geführt. Die Migros hält aber daran fest, dass dieses Areal für sie eine strategische Reserve ist. Auf die Frage für welche Strategie, wird nicht näher eingegangen. Für die Deblockierung des dritten Areals, der "Meinen-Parzelle" im Wangental – best erschlossenes Industrieland – sind wir mit dem Besitzer in Verhandlungen getreten und haben eine gewisse Bewegung in die Preisvorstellungen gebracht, jedoch nicht so weit gehend, dass auf der anderen Seite ein Interessent zugesagt hat.

Ich nehme die Kritik an der leicht lesbaren Fassung von der FDP-Fraktion und zum Teil von anderen Fraktionen, zur Kenntnis. Einerseits besteht ein Controlling-Bericht im Querformat, der für die Spezialberichterstattung an die Parlamentsmitglieder erarbeitet worden ist. Aufgrund des IAFP sind Sie geübt im Lesen solcher Tabellen. Wir waren aber der Meinung, wenn sich Externe für die Bilanz der Legislaturziele interessieren, ist das Lesen von Quertabellen eine Zumutung. Aus diesem Grund wurde die so genannt leicht lesbare Fassung erstellt, die offenbar nicht bei allen einen guten Eindruck hinterlässt. Wir nehmen das zur Kenntnis und werden Lösungen suchen.

Zu Anna Mäder in Bezug auf die Gleichstellung: Im Kaderbereich stehen wir nach der Legislatur 2006 – 2009 leicht besser da als noch vor vier Jahren. Wir sind aber nicht dort, wo wir hin wollten. Aus diesem Grund ist das Ziel als "nicht ganz erreicht" beurteilt worden. Der Gemeinderat geht bei jeder Stellenbesetzung – im Speziellen bei Kaderstellenbesetzungen – immer nach dem Grundsatz, dass die qualitativ beste Besetzung höher priorisiert wird als die Förderung der Frauen. Bei der von Anna Mäder bezeichneten Stelle habe ich nach intensiven Bemühungen Bilanz ziehen müssen, dass der nun angestellte Mann deutlich besser qualifiziert ist als die Frauen, die mit der Stellenausschreibung erreicht worden sind. Dies zu meinem grossen Bedauern. Ein Frauenanteil von 25 Prozent im Kader wäre gut, der Weg dazu ist aber steinig. Die Erkenntnis des Gemeinderats ist folgende: Die vierjährige Legislatur hat einen Zusammenhang mit den Wahlen und ist an sich für gewisse Zielsetzungen zu kurz. Dessen muss man sich bewusst sein. Themen wie z. B. die Tramprojekte benötigen mehr Zeit wie auch Bauvorhaben, deren Realisierung sich infolge Einsparungen verzögern. Der Gemeinderat hat alle Pendenzen in die Erarbeitung der neuen Legislaturziele mitgenommen und wird sie berücksichtigen. Es ist eine Frage der Priorisierung, ob akribisch alles übrig Gebliebene wieder aufgenommen wird.

---

### **Beschluss**

Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis von der Bilanz zur Legislaturplanung 2006-2009.  
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

---

## **6. 0935 Motion (FDP/jfk) "Ausgeglichenen Finanzhaushalt langfristig sichern"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Mark Stucki (FDP):** Das Motto: "Die Lage ist kritisch aber nicht ernst", gilt in der Finanzpolitik allzu häufig. Man sieht zwar Schwierigkeiten voraus, schliesst aber lieber die Augen, macht business as usual und tanzt dazu den griechischen Finanzsirtaki. In Köniz darf es nicht so weit kommen. Letzten Herbst waren wir uns im Parlament fast alle einig, dass wir der Bevölkerung eine leichte Steuersenkung schuldig sind. Schon damals haben wir – aber auch der Gemeinderat – gewusst, dass diese Steuersenkung nicht zum Nulltarif zu haben ist. Schon gar nicht im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld. Vom Gemeinderat sind gemischte Signale ausgesandt worden. Man müsse schauen, wie die Zukunft angegangen werden soll, das habe aber noch Zeit, war der Grundtenor. Wir Liberalen sind dezidiert der Meinung, dass eine verantwortungsvolle Finanzpolitik nicht auf Zeit spielen darf. Wir Liberalen sind der Meinung, dass die frühzeitige Aufgabenüberprüfung eine eigentliche Daueraufgabe ist. Wir Liberalen sind überzeugt, dass wir nur so auch in Zukunft neue Bedürfnisse auffangen und politische und finanzielle Spielräume ausloten oder verhindern können, dass genau diese verloren gehen. Sonst, das zeigt das internationale Umfeld aktuell, werden wir brutal von den Ereignissen überholt und vor vollendete Tatsachen gestellt. Wer jetzt keine Massnahmen vorantreibt, betreibt nicht nur eine seltsame Finanzpolitik, sondern steckt den Kopf in den Sand. Erfreut haben wir feststellen können, dass auch der Gemeinderat einen grossen Teil dieser Überlegungen teilt. Er hat absolut Recht, wenn er die Finanzstrategie überprüfen will. Der Gemeinderat hat Recht, wenn er auch ertragsseitige Massnahmen in seine Beurteilungen einfliessen lassen will. Er hat auch Recht, jedes Produkt im IAFP kritisch zu betrachten. Heute ist es aber wichtig, einen weiteren Schritt vorwärts zu gehen. Eine kohärente und umfassende Aufgabenüberprüfung und Verzichtsplanung muss erarbeitet und dem Parlament als entscheidungsreifes Entlastungspaket vorgelegt werden. Das soll und kann durchaus im Zusammenhang mit dem IAFP passieren. Gemäss der Fristigkeit wäre es in diesem oder im nächsten Jahr möglich. Damit ist gesagt, dass es hier nicht darum geht, ein reales Problem mit Berichten zuzudecken, sondern dass es um entscheidungsreife Massnahmen geht, genau so wie es in der formellen Überprüfung erklärt ist. Es geht um den verpflichtenden Auftrag einer Motion, um Beschlüsse in unserer Kompetenz und nicht um den frommen Wunsch nach einem Bericht.

Es ist nicht der Zeitpunkt, hier eine semantische Diskussion über Bericht oder Nichtbericht, über Verbindlichkeit oder Unverbindlichkeit zu führen. Heute müssen wir verbindlich sein. Wer dies nicht ist, ist finanzpolitisch nicht glaubhaft. Es ist notwendig und an der Zeit, dass eine systematische, gezielte und tiefgreifende Aufgabenüberprüfung unmittelbar an die Hand genommen wird, weil diese Zeit braucht. Es ist notwendig, dass konkrete Entlastungsmassnahmen evaluiert und dem Parlament als budgetverantwortliches Gremium in einem kohärenten Paket vorgelegt werden. Es ist notwendig, dass das Parlament finanzpolitische Verantwortung übernimmt und allenfalls auch schmerzhaft Entscheidungen fällt.

Und ja, die Entscheide werden durchaus auch politisch und umstritten sein. Den Weg dorthin müssen wir aber gemeinsam gehen. Es ist nötig, dass der Gemeinderat die entsprechenden Massnahmen erarbeitet und vorschlägt. Wir haben nicht ewig Zeit und wir dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken.

Ich bitte Sie dringend, im Interesse eines gesunden Haushalts und im Interesse von politischer Handlungsfähigkeit, die Motion zur Sicherung eines langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalts anzunehmen.

**Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP):** Das Thema "ausgeglichener Finanzhaushalt" hat mit dem Entscheid zur kantonalen Steuergesetzrevision und mit dem Rechnungsergebnis der Gemeinde Köniz 2009 leider an Brisanz gewonnen. Panikreaktionen sind sicher nicht gefragt, rasches Handeln aber ist erforderlich, damit wir nicht bald wieder in einen Bilanzfehlbetrag geraten. Aus der Sicht des Parlaments sind der IAFP und das Budget allein keine tauglichen Mittel. Dem Gemeinderat ist diese Situation sicher bewusst und er wird eine Aufgabenüberprüfung und strengere Budgetvorgaben vornehmen. Das Parlament kann aber, egal ob 2011 oder 2012, das Budget lediglich annehmen oder ablehnen, denn Änderungen in der Budgetdebatte sind bekanntlich kein taugliches Mittel. Als wichtigste Verbesserung für die Einbindung des Parlaments in diesen Prozess sehen wir die Bildung einer Finanzkommission. Damit diese bereits im Budgetprozess 2011 aktiv werden kann, muss sie nun sehr rasch eingesetzt werden können. Trotzdem ist die Forderung der Motion in den Augen der CVP/EVP/GLP-Fraktion durchaus berechtigt, sinnvoll, ja zielführend. Prioritäten bei Aufgaben und Ausgaben sind politisch heikel und gehören deshalb rechtzeitig ins Parlament. Erst recht wenn es darum geht, Verzichts- und Sparmöglichkeiten umzusetzen. Nur gemeinsam – Gemeinderat und Parlament – kann die aktuelle finanzielle Herausforderung gemeistert werden. Dazu benötigt das Parlament Informationen. Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass die Einnahmenseite in all ihren Formen auch mitbetrachtet werden muss. Wir unterstützen den Vorstoss, sei es als Postulat oder als Motion.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Mir scheint, dass wir heute nur deshalb über die Traktanden 6 und 7 beraten müssen, weil jede der beiden bürgerlichen Parteien beweisen will, dass sie die bessere bürgerliche Partei ist. Die allgemeinen Teile der Vorstösse sind aus unserer Sicht selbstverständlich, dort aber wo es konkret wird, schiessen sie teilweise übers Ziel hinaus. Eine Aufgabenüberprüfung ist in unseren Augen wertvoll und muss grundsätzlich immer geschehen. Ein ausgeglichener Haushalt muss das Ziel sein und ist auch unseres. Das heisst aber nicht, dass jedes Jahr ein ausgeglichenes Budget vorliegen muss. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass antizyklisches Verhalten für die Volkswirtschaft gut ist. Defizite während einer Krise sind nicht falsch, aber in guten Zeiten müssen dafür Überschüsse erarbeitet werden. Das konnten wir in den letzten Jahren tun. Eine allzu restriktive Finanzpolitik ist schlecht für die Volkswirtschaft. Wie der Gemeinderat sagt, besteht der Haushalt aus Einnahmen und Ausgaben. Wer nur die Einnahmenseite betrachtet, ist auf diesem Auge blind. Die Krise wird die Gemeinde via die Steuern verspätet erreichen. Der ganz kritische Punkt ist in meinen Augen jedoch, dass die SVP und die FDP im Grossen Rat des Kantons Bern der Gemeinde Köniz einen zusätzlichen Steuerausfall von weiteren 4 bis 5 Millionen Franken eingebrockt haben. Wie dies ohne ein erneutes Defizit ausgeglichen werden soll, ist mir noch nicht klar. Die grosse Gefahr besteht hier, dass wir keine Investitionen mehr tätigen können. Kein Ausbau in die Verkehrsinfrastruktur heisst Stau. Keine Sanierung von Schulanlagen bedeutet, dass Renovations- und Energiekosten an zukünftige Generationen übertragen werden. In den nächsten Jahren können wir ein Stück weit vom dünnen Speck leben, den wir uns in den letzten Jahren angegessen haben. Falls das Polster unter einen Steuerzehntel sinkt, ist für uns Grüne eine Steuererhöhung im Bereich des Möglichen. Wir stimmen grundsätzlich mit den Zielen der Motion überein. Eine Motion wäre jedoch in unseren Augen zu einschränkend. Die Grünen Köniz werden dem Vorstoss als Postulat zustimmen.

**Fraktionssprecher Hugo Staub (SP):** Die Aufgabenüberprüfung ist eine sinnvolle Sache, aber keine Heldentat, sondern eine Selbstverständlichkeit. Wir werden den Vorstoss als Postulat oder als Motion unterstützen, es geht hier um die Sache. Wir haben allerdings die Befürchtung, dass wir 90 Prozent der Antwort, die wir erhalten werden, bereits heute kennen. Jedenfalls rechnen wir damit, dass uns der Gemeinderat berichten wird, dass er die Ausgaben im Budgetprozess regelmässig überprüft und dass er im Budget alle vertretbaren Verzichtsmöglichkeiten bereits ausgeschöpft habe. Es wird eine Liste beigelegt sein, auf der ersichtlich sein wird, wo noch mehr eingespart werden könnte, was dann aber weh tut. Auf der Grundlage dieser Liste werden wir vortrefflich streiten können.

Alle werden sich in ihrer bisherigen Meinung bestätigt fühlen, dass nun endlich gespart werden soll oder dass der Gürtel nicht mehr enger geschnallt werden sollte, weil sonst die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen stark leidet. Wenigstens kann der Streit dann aber aufgrund von guten, sachlichen Grundlagen geführt werden und in diesem Sinn unterstützen wir die Aufgabenüberprüfung wie sie im Vorstoss verlangt wird.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorstoss der FDP. Auch wir sehen, dass die Aufgabenüberprüfung dringend notwendig ist. Der Gemeinderat ist zurzeit sicher nicht untätig und arbeitet an der Aufgabenüberprüfung. Der Vorstoss ergänzt aber die Arbeit und bindet das Parlament damit frühzeitig mit ein. Es wäre in der Tat eine Aufgabe der Finanzkommission, diesen Prozess zu begleiten. Leider ist diese Kommission noch nicht vorhanden und die Grundlagen für deren Arbeit sind uns noch nicht bekannt. Ich glaube nicht, dass sie auf den Budgetprozess und den IAFP noch grossen Einfluss nehmen kann. Wir unterstützen die FDP beim Festhalten an der Motion.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Wenn sich FDP-Vertreter zu Finanzvorlagen äussern, kommt in meinen Augen so etwas wie "Kasernenhofstimmung" auf. Es wird Klartext gesprochen und Handeln eingefordert. Ich persönlich bin strikter Gegner von so genannten Hauruckübungen, solches ist fehl am Platz. Ich bin der Meinung, dass Überreaktionen beim Aufgabenabbau nicht zielführend sind. Ich weiss nicht, an wen sich der Fraktionssprecher der FDP richtet, möglicherweise an die eigenen Leute. Ich persönlich bin überzeugt – und renommierte Bürgerliche bestätigen dies –, dass auch bei den Bürgerlichen nicht alle nur an Steuersenkungen denken. Einige Beispiele: Einige fordern zusätzliche Fussballfelder oder zusätzliche Ballsporthallen oder den Ausbau des Standortmarketings. In dem Sinn ist es für mich interessant, mit welcher Verve hier auf Aufgabenabbau und Einsparungen plädiert wird, wenn es um eine einzelne Finanzvorlage geht.

Es spielt keine Rolle, ob der Vorstoss als Motion oder als Postulat überwiesen wird, weil Sie das Geforderte voraussichtlich 2011 sowieso erhalten werden und es wird nicht nur eine ausgabenseitige Darstellung sein, sondern ein Mix aus ausgaben- und einnahmensseitigen Massnahmen. Die neu zu gründende Finanzkommission wird eine wichtige Rolle spielen, ob dies allerdings bereits für das nächste Budget der Fall sein wird, ist nicht sicher. Wir sind an den Arbeiten für die Bildung der Finanzkommission. Die Aufgabendiskussion wird erst 2011 für das Jahr 2012 möglich sein. Für das Budget 2011 arbeiten wir mit Sparaufgaben, die auf jede Direktion aufgeteilt werden. Es handelt sich um eine eigentliche Budgetierungsphase, deren Auslösung Sparvorgaben sind, währenddem wir Ihnen für das Budget 2012 im Sinn einer Aufgabenkritik und von Effizienzsteigerungen einen ausführlichen Bericht an die Finanzkommission unterbreiten werden. Dass die Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung eine ständige Aufgabe des Gemeinderats ist, ist eine Selbstverständlichkeit.

**Mark Stucki (FDP):** Als Nichtmilitärdienstleistender habe ich keine spezielle Affinität zu Kasernenhöfen. In der Begründung ist erwähnt, dass es nicht einfach um Abbau geht, sondern nicht zuletzt darum, finanzpolitischen Spielraum zu erhalten. Man muss die Möglichkeit haben, beispielsweise neue Aufgaben in der Zukunft finanzieren zu können. Ich bin selten so einig wie heute mit Hugo Staub: Es ist auch mir klar, dass wir die Finanzpolitik der Gemeinde Köniz nicht auf den Kopf stellen werden. Es geht nicht um 10 Prozent, sondern wenn es hoch kommt, um 12 oder auch nur um 8 Prozent. Der Bereich, auf den wir Einfluss nehmen können, ist jedoch gering. Gerade deshalb ist es äusserst wichtig, dass wir diesen Einfluss auch wirklich wahrnehmen.

---

### Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 25 dafür, 1 dagegen, 11 Enthaltungen)

---

## 7. 0936 Motion (SVP) "Finanzplanung"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Stefan Lehmann (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Motion. Wir sind in grossen Teilen mit der Antwort einverstanden. Die finanzpolitischen Ziele der letzten Legislatur, die wir tatsächlich erreicht haben, werden noch einmal aufgezählt. Das Eigenkapital konnte auf drei Steuerzehntel aufgestockt werden, was uns die Möglichkeit gab, den Steuerfuss um 0,5 Steuerzehntel zu senken. Auftrag erfüllt, kann man hier feststellen. Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, dass die Ausgangslage für den Voranschlag 2011 sehr unsicher ist. Die Rechnung 2009 hat schlechter als budgetiert abgeschlossen. Dies nicht weil schlecht gewirtschaftet worden ist – im Gegenteil, die Kosten sind unter dem Voranschlag –, sondern weil bei den juristischen Personen ein Einbruch der Steuereinnahmen festgestellt werden musste. Das wird sich heute und morgen nicht ändern und wir tun gut daran, die Erträge der einigen wenigen juristischen Personen auch in Zukunft nicht zu hoch zu bewerten. Kurzfristig bleibt uns nichts anderes übrig als den Aufwand den möglichen Erträgen anzupassen. Was heisst ein ausgeglichenes Budget? Wenn der Gemeinderat einen Voranschlag mit 1 Million Franken Defizit vorlegen würde, könnten wir unter den gegebenen Umständen damit leben. Was ist aber, wenn Defizite von 5 oder 6 Millionen Franken entstehen? Wir kennen das Ergebnis der Rechnung 2010 noch nicht. Es kann durchaus sein, dass mit dem Voranschlag 2011 unser Eigenkapital bereits wieder aufgebraucht ist. All jene, die bereits eine Budgetdebatte erlebt haben, wissen, dass es fast unmöglich ist, Budgetkorrekturen im HRM-Budget anzubringen. Uns würde damit nur die Möglichkeit der Rückweisung bleiben. Wie ich schon zum Vorstoss der FDP gesagt habe, fehlen dem Parlament weiterhin die Mittel, im Vorfeld Einfluss zu nehmen. Die Finanzkommission ist noch nicht geboren und der Geburtstermin ist noch nicht bekannt. Es macht für uns keinen Sinn, Ziffer 1 der Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die Gründe dafür habe ich zu erläutern versucht. Wir halten deshalb bei Ziffer 1 an der Motion fest und bei Ziffer 2 stimmen wir dem Antrag des Gemeinderats zu. Auch wenn wir heute vielleicht mit fliegenden Fahnen untergehen, haben wir zumindest versucht, einen Pflock für eine ausgeglichene Finanzpolitik einzuschlagen.

**Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP):** Im Prinzip ist der erste Teil von Punkt 1 des Vorstosses unterstützungswürdig. Der Gemeinderat wird aufgefordert, einen ausgeglichenen Voranschlag 2011 vorzulegen. Wer will das nicht? Die Krux liegt aber, wie der Gemeinderat richtig formuliert hat, in der aktuellen Ungewissheit. Wird die kantonale Steuergesetzrevision angenommen, hat dies finanzielle Konsequenzen auch für die Einnahmen der Gemeinde Köniz. Diese Konsequenzen sind in Franken und Rappen nicht zu vernachlässigen. Im Weiteren ist die wirtschaftliche Lage nach wie vor ungewiss. Schwieriger wird es, wenn wir den zweiten Teil des ersten Punktes betrachten. Der CVP/EVP/GLP-Fraktion scheint es, als würde dort stehen: "Es muss gespart werden, koste es was es wolle." Würde z. B. die Steuergesetzrevision wirklich einen Steuerausfall von 5,6 Millionen Franken bewirken, müssen diese für ein ausgeglichenes Budget irgendwo eingespart werden. Das hätte einerseits zur Folge, dass die Investitionen auf ein absolutes Minimum reduziert werden müssten. In den nächsten Tagen, Monaten oder Jahren dürften keine neuen finanziellen Aufgaben übernommen werden. Ich erinnere an die noch bevorstehenden Traktanden. Andererseits könnten wir ein politisches Signal in die Waagschale werfen: Der Gemeinderat wird beauftragt, mit den öffentlichen Geldern sparsam umzugehen. Würden wir den vorliegenden Vorstoss nicht unterstützen, könnte der Gemeinderat den Spieß drehen und erklären, das Parlament will trotz der nicht rosigen Aussichten gar nicht sparen. Nichtsdestotrotz kommt die CVP/EVP/GLP-Fraktion zum Schluss, dass ein ausgeglichenes Budget für das Jahr 2011 nicht zwingend realistisch ist.

Wir werden den ersten Teil des Vorstosses als Postulat unterstützen.

Beim zweiten Teil des Vorstosses wird es noch einmal eine Stufe schwieriger. Was ist ein ausgeglichener Finanzplan? Heisst das, dass die Gemeinde bis 2014 immer drei Steuerzehntel Eigenkapital ausweisen muss? Das würde heissen, dass sämtliche Budgets von 2011 bis 2014 ausgeglichen sein müssen. Es dürfen weder Gewinn noch Defizite möglich sein. Heisst das, dass genau im Jahr 2014 das Eigenkapital aufgebraucht sein muss, damit das Ganze dann ausgeglichen ist? Sicher bestehen noch weitere Varianten. Da der Vorstosstext im zweiten Teil sehr vage formuliert ist, und alles oder nichts drin enthalten sein kann, würde sich die CVP/EVP/GLP-Fraktion am liebsten der Stimme enthalten. Wer weiss, vielleicht wird heute Abend das Rätsel des zweiten Teils nach den Beratungen noch gelöst. Das Votum von Stefan Lehmann hat mich noch nicht schlauer gemacht.

Bei der Diskussion um künftige Budgets und um den Finanzplan ist es uns wichtig, dass sich jedes Budget möglichst an der Realität orientiert und nicht mit Zahlenkosmetik verschönert wird, damit die politischen Akteure zufrieden sind; dass die Investitionen wie früher priorisiert werden und wir Parlamentsmitglieder den entsprechenden Spielraum haben; dass der Finanzplan der einzelnen Jahre auch Schwankungen enthalten kann und dass die Finanzkommission möglichst bald gebildet wird.

**Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP):** Der Vorstoss der SVP-Fraktion zielt durchaus in eine ähnliche Richtung wie vorher unsere Forderung. Um die Stabilität der Gemeinde zu garantieren und die Steuersenkung zu konsolidieren, muss gehandelt werden und die Ziele müssen klar definiert sein. Wir brauchen langfristig einen ausgeglichenen Haushalt und das unterschreiben hier im Saal vermutlich alle. Eine Anpassung des Finanzplans ist notwendig, hier gehen wir mit dem Vorstoss und auch mit dem Gemeinderat absolut einig. Über den detaillierten Inhalt wird eine intensive politische Debatte geführt werden müssen. Ich verweise auf den vorhergehenden Vorstoss, Stichworte Aufgabenüberprüfung und allfällige Sparmassnahmen. Auch wenn der Grundsatz einer ausgeglichenen Haushaltsführung unbestritten ist, ist es wichtig, die Debatte darüber zu führen, wie man dorthin gelangt. Optionen und Alternativen sind zu prüfen und festzuhalten. Wir als Parlament sind für das Budget verantwortlich und stehen damit in der Pflicht, konsequente Entscheide zu fällen und die Probleme zu antizipieren.

Im ersten Teil des Vorstosses ist die Problematik eine etwas andere. Als Ziel wollen auch wir Liberalen sicher ein ausgeglichenes Budget 2011. Wir sind sofort bereit, Sparmassnahmen nach deren Prüfung mitzutragen. Dieses Ziel kann hier und heute postuliert werden und das ist richtig. Seitens des Gemeinderats muss alles daran gesetzt werden, sich daran zu orientieren. Wir kennen gleichzeitig aber die Realitäten. Gerade die Probleme der juristischen Personen werden für das Budget 2011 so richtig durchschlagen, sogar bei einer vorsichtigen Erholung der Wirtschaft. Der Budgetprozess ist gegenwärtig am Laufen. Jetzt ein ausgeglichenes Budget 2011 zu realisieren – das ist für mich im Selbstverständnis nicht eines mit 1 Million Franken Defizit, sondern ein ausgeglichenes – dürfte praktisch unmöglich sein. Entweder müssten brutale Einsparungen, die so kurzfristig politisch nicht breit abgestützt sind und deren Konsequenzen deshalb kaum abklärbar wären, mit dem Rasenmäher oder mit der Motorsäge gemacht werden. Oder es wird ein reines Papierbudget erstellt, dessen Nichteinhaltung von Anfang an klar ist. Oder eine dritte für uns aber nicht akzeptable Variante: Man setzt den Steuerfuss wieder hinauf. Wir sind deshalb mit der Erheblicherklärung von Ziffer 1 als Postulat im Sinn einer Zielsetzung eines deutlichen politischen Fingerzeigs an den Gemeinderat einverstanden. Eine Überweisung als rechtsverbindliche Motion können wir in diesem Punkt nicht unterstützen, weil wir damit die Augen vor der Realität – ob sie uns gefällt oder nicht – schliessen würden. Diesen Realitäten müssen wir in die Augen schauen.

Im zweiten Punkt stimmen wir dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung als Motion zu.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Die Grünen Köniz sind wie der Gemeinderat für die Aufteilung der Motion in zwei Ziffern.

Ziffer 1 lehnen wir Grünen auch als Postulat ab. Mittelfristig sind auch wir dafür, dass der Finanzhaushalt ausgeglichen ist. Dass dies aber jedes Jahr der Fall sein muss, besonders im nächsten Jahr, ist in Krisenzeiten schlicht nicht richtig. Keynesianische Politik in einem gesunden Mass muss auch auf Gemeindeebene möglich sein. Kein Defizit zu keiner Zeit wäre Ultraliberalismus in Reinkultur und schädlich. Mich erstaunt etwas, dass die rechtskonservative SVP das heute so fordert.

Ziffer 2 des Vorstosses werden wir im Sinn einer Richtlinienmotion annehmen. Mittelfristig muss der Finanzhaushalt ausgeglichen sein. Wir lesen das relativ pragmatisch dahingehend, dass in den Jahren 2011 bis 2014 Eigenkapital zwischen 0 und 5 Steuerzehnteln vorhanden sein müssen. Die Formulierung ist in unseren Augen jedoch schwammig. Wir können Ziffer 2 trotzdem zustimmen. Die Aufgaben sind sicher zu überprüfen und trotzdem soll nicht auf Investitionen verzichtet werden. Hinter dem Ziel, einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu erreichen, wie es die SVP will, können wir stehen. Für uns kann das aber mittelfristig durch eine Steuererhöhung geschehen.

**Fraktionssprecher Hugo Staub (SP):** Schaut man in die finanzielle Zukunft, weiss man Vieles noch nicht. Bei der Senkung des Steuerfusses um 0,5 Steuerzehntel im letzten November war uns aber bekannt, dass sich das zu einem Teil mit Eigenmitteln finanzieren muss. Deshalb waren wir überrascht, dass im Vorstoss nur sechs Monate später verlangt wird, dass ein ausgeglichenes Budget 2011 vorliegen soll. Das ist in unseren Augen schon fast etwas tollkühn.

Die SP-Fraktion geht nicht davon aus, dass wir genug Spielraum dafür haben, die Ausgaben kurzfristig so stark zu senken wie die Einnahmen steuerseitig einbrechen könnten. Das ist für uns ein nicht erreichbares Ziel. Auch wir hätten gerne ein ausgeglichenes Budget vorliegen. Wir sind der Meinung, dass die erbrachten Leistungen der Gemeinde zum allergrössten Teil von der Bevölkerung sehr geschätzt werden. Ein kurzfristiger Kahlschlag, wie er für das Erreichen eines ausgeglichenen Budgets 2011 nötig wäre, ist nicht zu verantworten. Vor diesem Hintergrund können wir mit Ziffer 1 des Vorstosses nichts anfangen.

Zu Ziffer 2 ist mehrfach erwähnt worden, dass Schwierigkeiten bestehen, wie diese genau zu verstehen ist, auch bei uns. Mit viel Wohlwollen kann man jedoch in Ziffer 2 durchaus einen sinnvollen Auftrag sehen. Ich mache jedoch deutlich: Je verbindlicher etwas gefordert wird desto präziser muss es formuliert sein. Eine Motion sollte hier klarer besagen, was geleistet werden soll.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich bitte Sie, Ziffer 1 der Motion allerhöchstens als Postulat erheblich zu erklären. Das meine ich ernst. Wird Ziffer 1 als Motion überwiesen, ist sie für den Gemeinderat verbindlich. Wenn der SVP-Referent aber erklärt, es sei für ihn auch in Ordnung, wenn das Budget 2011 ein Defizit von 1 Million Franken ausweise, darf der Vorstoss nicht als Motion überwiesen werden. Wird Ziffer 1 des Vorstosses als Motion überwiesen, ist das für den Gemeinderat ein verbindlicher Auftrag. Da aber die Mehrheit des Parlaments der Meinung ist, dass die Forderung eines ausgeglichenen Budgets 2011 nicht realistisch ist und auch die SVP dies durchblicken lässt, darf Ziffer 1 des Vorstosses höchstens als Postulat überwiesen werden. Dies im Sinn von Mark Stucki als politisches Signal des Parlaments, dass die Zielformulierung eigentlich richtig ist. So leid es mir tut, die Forderung in Ziffer 1 ist unrealistisch. Zur Motion 0515 der FDP "Beeinflussbare und nichtbeeinflussbare finanzielle Verpflichtungen" hat der Gemeinderat ausgeführt, dass maximal 12 Prozent des Gesamtaufwandes von der Gemeinde kurzfristig, d. h. auf das nächste Budget hin beeinflussbar sind. Bei einem Umsatz von rund 200 Millionen Franken können im besten Fall 24 Millionen Franken kurzfristig beeinflusst werden. Darin sind teilweise Lohnkosten eingeschlossen. Im IAFP des letzten Jahres sind für 2011 in der optimistischen Variante 3,8 Millionen Franken aufgeführt. Inzwischen ist die Steuergesetzrevision des Kantons Bern überraschend deftig ausgefallen und hier kommen weitere 3 Millionen Franken Steuereinnahmenverluste hinzu. Das ergibt ein Defizit von rund 6,8 Millionen Franken, das es aufzufangen gilt, d. h. rund 30 Prozent von 24 Millionen Franken beeinflussbaren Mitteln. Die Sparmassnahmen für ein ausgeglichenes Budget werden in diesem Fall drakonisch sein. Ich gebe einige Beispiele ohne Anspruch auf Vollständigkeit ab: Die Parlamentssitzungen können nicht mehr im Rossstall stattfinden, denn die Miete für die Aula im Hessgutschulhaus ist billiger. Der Parlamentsausflug wird gestrichen. Die Arbeiten für die Realisierung der Ballsporthalle Weissenstein müssen sofort eingestellt werden. Die Ehrung von verdienten Sportlern und Sportfunktionären wird gestrichen. Der Wirtschaftsapéro wird gestrichen. Das Standortmarketing wird wieder abgebaut. Die Energieberatung ist eine freiwillige Aufgabe, die wir uns nicht mehr leisten können. Zukünftige Investitionen in die Infrastruktur – in Schulen und Strassen – müssen blitzartig gestoppt werden. Etc, etc.

Ich bitte Sie, Ziffer 1 des Vorstosses nicht als Motion zu überweisen.

Ziffer 2 kann als Motion erheblich erklärt werden, wie vom Gemeinderat beantragt. Aus der Analyse der Gemeindegemeinschaft kann entnommen werden, dass Ziffer 2 eine Richtlinienmotion wäre, d. h. eine wichtige Guideline für uns. Der Finanzplan wird formell durch den Gemeinderat erstellt und verabschiedet. Vom Parlament wird er zur Kenntnis genommen.

Ich bitte Sie, Ziffer 1 der Motion entweder abzulehnen oder als Postulat erheblich zu erklären. Da die SVP nicht in ein Postulat umwandeln will, können Sie dies aber nicht. Ich bitte Sie deshalb um Rückweisung. Vielleicht habe ich den Sprecher der SVP falsch verstanden und er hat Ziffer 1 mit Ziffer 2 verwechselt.

**Stefan Lehmann (SVP):** Nachdem nun der Hagel der Kritik über uns hernieder geprasselt ist, schwenken wir ein und bitten Sie, Ziffer 1 als Postulat erheblich zu erklären.

**Ignaz Caminada (CVP):** Die Diskussion ist nun so ausgefallen wie ich vermutet habe. Wir werden Ziffer 2 als Richtlinienmotion zustimmen. Ich weiss zwar nicht genau weshalb, aber wir tun es.

---

## Beschluss

Ziffer 1 der Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 22 für Annahme, 11 dagegen, 4 Enthaltungen)

---



---

**Beschluss**

Ziffer 2 der Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 22 für Annahme, 10 dagegen, 5 Enthaltungen)

---

**8. 0522 Postulat (überparteilich) "Belebung des Kultur- und Begegnungszentrums in Köniz"**

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Liz Fischli (Grüne):** Die Grünen Köniz stimmen der Abschreibung des Postulats zu. Wir sind der Meinung, dass eine Aufrechterhaltung die weiteren Arbeiten nicht beschleunigen wird. Seit der Einreichung des Postulats sind vielfältige Arbeiten im Sinn des Postulats vorangekommen. Wir danken dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden in der Verwaltung für das hohe Engagement. Dahinter steckt sehr viel Arbeit. Einige Ziele sind erreicht worden, andere teilweise. Die grossen finanziell aufwändigen Projekte wie z. B. die Pfrundschiür, stehen heute vor einer eigentlichen finanziellen Bewährungsprobe. Leider hat sich das Parlament aber auch selber mit der Nichtvornahme der Einlage von 1 Million Franken in die Spezialfinanzierung, die durch die Steuereinnahmen als Folge eines Lottogewinns generiert werden konnte, einen grossen Bremsklotz gesetzt. Für die weiteren Entwicklungsschritte ist es in unseren Augen ganz wichtig, dass trotz der erschwerten finanziellen Rahmenbedingungen unbedingt das angestrebte Gleichgewicht zwischen kommerzieller und nicht kommerzieller Nutzung erhalten bleibt und erreicht wird, damit das Schlossareal auch in Zukunft ein Ort von Begegnung und Kultur bleibt. Das soll es gemäss Postulat, gemäss Konzept und gemäss Businessplan sein. Das Nutzungskonzept ist in der Mitwirkung auch breit unterstrichen worden. Ich wage sogar zu behaupten, dass die Zukunft des Schlossareals mit diesem Gleichgewicht steht oder fällt und dass die Nutzungsplanänderung ohne das gesicherte Gleichgewicht keine Chance hat. Darin besteht wohl eine zweite, mehr ideelle Bewährungsprobe. Auch diese muss noch bestanden werden. Selbst wenn der Preis der ist, dass nicht alle Projekte so schnell oder so umfassend wie gewünscht oder nur etappenweise verwirklicht werden können. Zuletzt möchte ich zwei Sache betonen: Bei den weiteren Entwicklungsschritten muss ebenso darauf geachtet werden, dass den Anlässen für Kultur und Begegnung dasselbe Gewicht beigemessen wird. Auch das ist in der Mitwirkung deutlich unterstrichen worden. Begegnungen werden heute mit verschiedenen Anlässen erfolgreich gefördert, auch wenn die Kultur leicht im Vordergrund gestanden hat. Weshalb weise ich darauf hin? Weil auch hier vielleicht aus finanziellen Gründen ein unerwünschter Druck auf die unter Umständen weniger einträglichen Begegnungen entstehen könnte. Dem Druck darf im Sinn der übergeordneten ideellen Konzeption nicht nachgegeben werden. Zuallerletzt komme ich auf die so genannt soziokulturellen Projekte zu sprechen, weil sie in der Postulatsantwort nur beiläufig erwähnt werden. Auch sie sollen entsprechend dem Leitsatz 2 im Kulturkonzept im Rahmen von Kultur und Begegnungen ihren festen Platz erhalten. Dies als aktiver Beitrag zur Förderung der Integration der verschiedenen Kulturen in Köniz, z. B. auch Generationenkulturen.

**Fraktionssprecherin Elisabeth Rügsegger (SVP):** Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. Er zeigt, wie in eigentlich kurzer Zeit auf dem Schlossareal viel von dem im Postulat Geforderten zustande gekommen ist. Vorab der gelungene Ausbau des Rossstalls, dann die Einquartierung des Schulmuseums, die Ausstellungsräume in Verbindung mit dem Trauzimmer und das Restaurant "Zum Schloss" im Haberhuus. Dadurch sind eine breite Palette von Anlässen für jede Altersstufe und jeden Geschmack möglich geworden. Nun sind wir gespannt, wie es nach der Änderung der baurechtlichen Grundordnung weitergeht. Wir sind der Meinung, das Postulat ist so gut wie möglich erfüllt und stimmen der Abschreibung einstimmig zu.

**Fraktionssprecherin Anna Mäder (SP):** Ich kann es vorneweg nehmen, die SP Fraktion ist mit der Abschreibung des Postulates einverstanden.

Dies bedeutet aber nicht, dass wir der Meinung sind, dass sich die Gemeinde auf die Schulter klopfen und stolz sagen kann, die Ziele des Postulats sind erreicht. Wir sind mit der Abschreibung einverstanden, weil wir der Meinung sind, dass es keinen Sinn macht, das Postulat Jahr für Jahr weiter zu schleppen und praktisch identische Berichte von der Verwaltung zu bekommen, welche nicht wirklich weiterführen. Ganz allgemein gesagt, fehlt mir nach wie vor die zündende Idee für das Schlossareal.

Es wird immer noch Pflasterlipolttik betrieben und der einzige gemeinsame Nenner der Politik ist, ja nicht zu viel Geld auszugeben. Betrachtet man die im Postulat geforderten Punkte im Einzelnen, ist festzustellen, dass gewisse Forderungen tatsächlich verwirklicht worden sind. Ja, ein Kulturkonzept ist erstellt worden, aber in Bezug auf die künftige Entwicklung des Schlossareals hat es nicht wirklich weitergeholfen. Ja, der Ideenwettbewerb ist durchgeführt worden, aber der grosse Wurf ist dort nicht passiert. Ja, das Kinderbuchfestival konnte sich etablieren und darauf dürfen wir stolz sein. Dass der Rossstall heute saniert und für kulturelle Zwecke genutzt werden kann, ist sicher ein Glücksfall. Das ist in erster Linie aber privaten Investoren zu verdanken und nicht den Bemühungen der Gemeinde. Geschaffen hat die Gemeinde in den letzten Jahren das Trauzimmer im Chornhuus und das Schulmuseum im Haberhuus. Das ist sicher schön und nett, kaum aber der grosse Wurf. Geschaffen worden ist zudem ein funktionierender Gastrobetrieb. Es ist zu wünschen, dass er überlebt. Ich teile die Auffassung des Gemeinderats, dass es momentan keinen Sinn macht, eine ständige Kulturkommission zu schaffen. Es macht Sinn, dass der VKSK für die Veranstaltungen auf dem Schlossareal zuständig ist. Er bildet die vom Postulat geforderte zentrale Anlaufstelle. Zu wünschen ist in dem Zusammenhang, dass der Vertrag mit dem VKSK nun endlich für eine längere Periode abgeschlossen werden kann. Nachdem der neue Leistungsvertrag nun endlich vorliegt, sollte dies möglich sein. Der Verein soll für eine künftige Zusammenarbeit eine verlässliche Basis haben. Definitiv nicht erreicht worden ist die vom Postulat geforderte Entwicklung eines Kultur- und Begegnungszentrums, eines Kulturzentrums mit regionaler Ausstrahlung und die Entwicklung des unrenovierten Teils des Schlossareals, insbesondere der Pfrundschiür. Hier sind wir genau so weit wie vor vier Jahren bei der Einreichung des Postulats. Ich beschränke mich hier darauf festzuhalten, dass nach wie vor die zündende Idee für das Areal fehlt. Es erstaunt nicht, dass bei dieser Ausgangslage die notwendigen Investoren nicht gefunden werden konnten. Man kann nicht Investoren für etwas suchen, das noch nicht definiert ist. Für mich stimmt in dieser Beziehung die Reihenfolge des Vorgehens nicht. Klar nicht erreicht ist die von den Postulanten geforderte Belegung des Schlosshofs in den abendlichen Stunden. Hier ist noch viel zu wenig gemacht worden und in diesem Bereich ist ein riesiges Potenzial zu erschliessen. Nicht vergessen dürfen wir, dass der Gemeinderat seinerseits beim Erwerb des Schlossareals versprochen hat, einen Begegnungsort für Bürgerinnen und Bürger von Köniz zu schaffen. An dieses Versprechen hat sich der Gemeinderat zu halten und daran ist er zu messen. Wir sind mit der Abschreibung des Postulats zwar einverstanden, werden aber die Entwicklung im Schlossareal im Auge behalten und den Gemeinderat an die abgegebenen Versprechen erinnern.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Im Parlament sind verschiedene Wertungen darüber vorhanden, ob viel oder wenig erreicht worden ist. Ich greife nicht in diese Diskussion ein. Für den Gemeinderat ist klar, dass im Schlossareal weiteres Entwicklungspotenzial da ist, das es zu nutzen gilt. Konkrete Nutzungsideen waren vorhanden, die mit entsprechenden Studien und Abklärungen unterlegt worden sind. Es ist aber auch Tatsache, dass jene Investoren, die bis anhin für diese Nutzungsidee kontaktiert worden sind, noch nicht angebissen haben. Es ist auch richtig, dass für das Gästehaus eine kontroverse Beurteilung aus der Mitwirkung entstanden ist. Wir bleiben dran und wir sind hellhörig bei allen Signalen, die wir vom Parlament erhalten.

---

### **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

### **9. 0729 Postulat (SP) "Energiepionierin Köniz: eine Bauzone für ökologische Bauten!"** Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

**Christian Roth (SP):** Ich habe ein lachendes und ein weinendes Auge. Zuerst das Weinende: Die Begründung ist dieselbe wie vor zwei Jahren. Die entsprechenden Vorschriften auf kantonaler Ebene sind nicht vorhanden. Das Anliegen droht auf die lange Bank geschoben zu werden. Das lachende Auge: Das Thema bleibt aktuell. Wir müssen uns den Handlungsspielraum bewahren und der Gemeinderat ist in dem Sinn dazu bereit. Das bestätigt er mit dem Antrag auf Verlängerung der Erfüllungsfrist.

Ich rufe die Mehrheit des Gemeinderats auf, sich auf kantonaler Ebene im Grossrat dafür einzusetzen, dass die entsprechenden Massnahmen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit wir auf Gemeindeebene die Möglichkeiten nutzen können.  
Ich bitte Sie, der Verlängerung der Erfüllungsfrist zuzustimmen.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Erinnern Sie sich noch an Traktandum 7 anlässlich der letzten Sitzung "0720 Postulat (SP) "Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Patchwork-Angebot an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!""? Dort haben wir über eine Verlängerung von zwei Jahren beraten. Die Begründung war, dass Studien beigezogen werden sollen, die aber erst in drei Jahren vorliegen. Heute geht der Gemeinderat noch einen Schritt weiter. Er beantragt eine Verlängerung für einen Vorstoss, der nicht erfüllt werden kann. Unabhängig vom Inhalt sind wir der Ansicht, dass der Antrag wenig sinnvoll ist. Wir sind der Ansicht, und hätten gerne den Antrag gestellt, dass das Postulat abzuschreiben ist. Das ist uns aber nicht möglich. Die FDP-Fraktion wird der Verlängerung der Erfüllungsfrist nicht zustimmen. Wir schlagen vor, dass ein neuer Vorstoss eingereicht werden soll, sobald die kantonale Gesetzgebung vorliegt.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Das kantonale Energiegesetz ist am 17. März 2010 verabschiedet worden, die Referendumsfrist läuft noch bis 15. Juli 2010. Gemäss diesem neuen Gesetz werden die Gemeinden im Rahmen des in Erarbeitung stehenden Energierichtplans mehr Spielraum erhalten. Die Gemeinden können für Neubauten und für Umbauten bestimmte Energieträger vorschreiben. Die Gemeinden können bei Neubauten und Erweiterungen den Anteil an nicht erneuerbarer Energie beschränken, im Prinzip bis auf Null. Gegen das neue Energiegesetz wird ein Volksvorschlag eingereicht. Heute ist aber bereits bekannt, dass die von mir genannten Bestimmungen vom Volksvorschlag nicht betroffen sind, sie werden in Kraft treten. Mit dem neuen Energiegesetz können die Postulatsforderungen umgesetzt werden.

**Christian Roth (SP):** Ich danke Hansueli Pestalozzi für seine Hinweise. Für mich ist nicht ganz stichhaltig, weshalb die Erfüllungsfrist nicht verlängert werden soll, wenn das Anliegen nach wie vor in die richtige Richtung zielt. Der Gemeinderat soll diesen Auftrag erneut erhalten, insbesondere unter Berücksichtigung dessen, was auf kantonaler Ebene läuft. In einem Jahr wissen wir wahrscheinlich schon, was Sache ist. Ich bitte Sie, der Verlängerung der Erfüllungsfrist zuzustimmen, damit das Thema am "Kochen bleibt".

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Das von Hansueli Pestalozzi Gesagte stimmt und diese Bestimmungen können in die Ortsplanrevision aufgenommen werden. Deshalb ist eine Verlängerung der Erfüllungsfrist sinnvoll.

---

### Beschluss

Die Erfüllungsfrist wird bis zum 04.05.2012 verlängert.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

### 10. 0806 Postulat (SP) "Belagswerk sofort sanieren oder sonst stilllegen!"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Martin Graber (SP):** "Was lange währt, wird endlich gut" oder zumindest besser. Der vorliegende Vorstoss ist in einer langen Reihe entstanden. Die Überbauungsordnung "Kiesabbau Wangental" – das entsprechende Bundesgerichtsurteil ist 2004 gefällt worden – machte dem Belagswerk die Auflage, das Werk innert drei Jahren, d. h. bis am 1. Oktober 2007, einzuhausen. Im Wangental hat sich aber – ausser viel Gestank – lange nichts getan. Die SP-Fraktion hat im Parlament immer wieder mit Vorstössen Druck gemacht: Am 23. Oktober 2006 mit der Interpellation 0623 "Teeraufbereitung im Wangental – Salami taktik, die zum Himmel stinkt". Ein Votant aus dem Wangental sagte, dass es nicht nur bis zum Himmel stinkt, sondern sogar bis nach Köniz. Im Februar 2007 mit der Interpellation "Vertrauen ist gut – unangemeldeten Kontrollen aber sind viel besser". Am 18. Juni 2007 mit dem Postulat 0713 "Immissionsmessungen beim Belagswerk Weibel in Oberwangen". Der Druck musste erhöht werden, weil immer noch nichts geschehen ist. Ein Baugesuch wurde eingereicht, mit dem der Weibel AG weiterhin das Heizen mit Schweröl erlaubt bleibt.

Glücklicherweise haben mehrere Gruppierungen und Privatpersonen Einspruch eingereicht – unter anderem auch die SP – und heute heizt das Werk mit Heizöl extraleicht. Die Baubewilligung für die Einhausung des Werks ist erteilt worden, die Firma Weibel AG hat jedoch Rekurs gegen die eigene Baubewilligung eingereicht. Es machte den Anschein als wolle die Weibel AG gar nicht sanieren. In diesem Zusammenhang ist das vorliegende Postulat eingereicht worden. In der Parlamentsdebatte zu diesem dringlichen Postulat hat Markus Bont treffend Kurt Tucholsky zitiert: "Worte und Taten, das ist so hienieden, sind manchmal verschieden." Im Fall der Weibel AG war das in dieser unendlichen Geschichte nicht nur manchmal so, sondern meistens. Die Situation rund um das Belagswerk im Wangental hat sich nun endlich verbessert. Wir sind froh, auch wenn die Weibel AG immer noch kein Parfüm produziert. Immer wieder kommt es im Wangental nach wie vor zu übelsten Gerüchen und wir erwarten von der Gemeinde, dass, wie im Bericht angekündigt, unangemeldete Emissionskontrollen vorgenommen werden. Wir stimmen der Abschreibung zu.

**Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP):** Die BDP-Fraktion und insbesondere deren beiden Vertreter aus dem Wangental sind direkt Betroffene. Es war eine wirklich leidige Geschichte. Wir unterstützen die Abschreibung und möchten zugleich dafür eintreten, dass die Emissionsmessungen wirklich durchgeführt werden. In unserer Nachbarschaft sind sehr viele Personen der Meinung, dass im Wangental alles erlaubt ist. Vor uns ist die Ortsplanungsrevision und wir müssen uns Gedanken darüber machen, wo Gewerbe und Industrie angesiedelt werden soll. Es ist sicher angebracht, dass insbesondere hier korrekt vorgegangen wird und die Vorschriften in Bezug auf Lärm und Emissionen eingehalten und diese auch kontrolliert werden. Wir stimmen der Abschreibung zu.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Die Grünen Köniz werden der Abschreibung zustimmen. Soweit ich die Geschichte miterlebt habe, hatte ich das Gefühl, dass der Gemeinderat wirklich dort Pflöcke eingeschlagen hat, als es darum ging, dass sich der Betrieb nicht rechtskonform verhalten hat. Schlussendlich ist es zu einem wirklich guten und wichtigen Abschluss gekommen. Dass weiterhin Emissionsmessungen vorgenommen werden sollen, ist für uns klar.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** In der letzten Legislatur hatte ich den Eindruck, dass für die Sanierung des Belagswerks vor allem von der Seite des Gemeinderats der Druck massiv erhöht worden ist. Dadurch, dass Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP) für die Planung verantwortlich war, Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP) für die Sicherheit und die Bewilligungen und ich für die Umwelt, und wir ein koordiniertes Vorgehen gewählt haben, konnten wir zusammen versuchen, den Druck zu erhöhen. Dadurch – so habe ich den Eindruck – ist die Sanierung endlich vollbracht. Es war nicht nur eine Sanierung der bestehenden Anlage, sondern die Weibel AG hat neu gebaut. Sie hat die neueste Generation einer Anlage eines bekannten Schweizer Herstellers gekauft. Für diese Anlage wäre das Heizen mit Schweröl gar nicht mehr möglich gewesen und damit kein Thema mehr. Die neue Anlage ist im letzten Herbst eingeweiht worden. Mit der Baubewilligung ist verfügt worden, dass Abnahmemessungen vorgenommen werden müssen, wenn die Anlage in Betrieb ist. Diese Abnahmemessungen sind kein "nice to have", sondern ein "must". Weil die Anlage erst im Spätherbst 2009 in Betrieb genommen worden ist, war klar, dass die Abnahmemessungen erst nach einer bestimmten Zeit mit Volllastbetrieb, d. h. im Frühsommer 2010 vorgenommen werden können. Wir sind nun am Messprogramm. Bis anhin ist die Asphaltproduktion nicht richtig angelaufen. Der April war zu kalt und der Mai ist bis anhin viel zu nass. Bisher war kein länger dauernder Volllastbetrieb möglich. Das Messprogramm ist anfangs Mai mit dem beco (Volkswirtschaftsdirektion) besprochen worden, vor allem das etwas komplexere Lärmmessprogramm. Anfangs Juni wird das Messprogramm mit der Firma Weibel AG besprochen. Ende Juni wird der Auftrag für die Luftmessungen inklusive Gerüche und für die Lärmmessungen erteilt. Im Juli und im August erwarten wir, dass die Anlage über längere Zeit unter Volllast läuft und gute Messungen gemacht werden können. Ende August sollten erste Resultate vorliegen und ich könnte an der Parlamentssitzung im September Genaueres berichten.

Bisher haben wir seit dem neuen Betrieb der Anlage in der Verwaltung erstaunlicherweise keine Reklamationen mehr erhalten. Es handelt sich um ein Asphalt-Produktionswerk und dort wird keine Bergluft produziert. Trotz der Einhausung können Emissionen entstehen, sobald ein Tor geöffnet werden muss. Die bis anhin fehlenden Reaktionen zeigen, dass sich die Situation verbessert hat. Wir sind zuversichtlich, dass dieser Eindruck durch die Messresultate bestätigt wird.

Ich bitte Sie, der Abschreibung zuzustimmen.

---

**Beschluss**

Das Postulat wird als erfüllt abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

**11. 0937 Motion (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz"**

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Anna Mäder (SP):** Ich danke dem Gemeinderat, dass er bereit ist, den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären. Ich stimme – wenn auch zähneknirschend – der Umwandlung zu. Ich bin der Meinung, dass es dem Gemeinderat bisher nicht gelungen ist, die zündende Idee für die Belebung des Schlossareals zu finden. Liest man die Antwort zum Vorstoss, wird klar, dass man sich momentan auf die Idee konzentriert, das Gästehaus in der Pfrundschiür zu platzieren. Von dieser Idee erkläre ich mich gar nicht begeistert. Einverstanden bin ich mit dem Gemeinderat, dass auf dem Areal kommerzielle und kulturelle Nutzungen nebeneinander möglich sein müssen. Wenn aber die kommerzielle Nutzung dazu führt, dass die kulturelle in den Hintergrund gedrängt wird, bin ich nicht mehr damit einverstanden. Man muss sich Folgendes bewusst machen: Wird – wie in der Antwort angetönt – in der Pfrundschiür ein Gästehaus eingerichtet, kann die gewünschte Belebung des Schlossareals vergessen und abgeschrieben werden. Mit dem Gästehaus werden auswärtige Geschäftsleute in den Schlosshof geholt, die arbeiten wollen. Das verträgt sich schlecht mit kulturellen und soziokulturellen Aktivitäten, die durchaus auch Lärm machen können. Das Schlossareal würde mit dem Gästehaus im zentralen Bereich des Areals bestenfalls den Charakter eines ruhigen Kongresszentrums erhalten, das vor allem durch Auswärtige genutzt würde – wenn es denn überhaupt läuft. Bei schlechter Belegung würde das Areal aussterben und tagsüber leer sein. Das ist genau das Gegenteil von dem, was der Gemeinderat der Stimmbevölkerung beim Erwerb des Areals versprochen hat. Ich will damit nicht sagen, dass ein Gästehaus per se eine schlechte Idee ist. Das Gästehaus gehört aber nicht ins Herz des Schlossareals, das unbestrittenermassen belebt werden und nicht noch mehr aussterben soll. Ein Gästehaus ist nicht die zündende Idee, mit der die Belebung des Schlossareals vorangetrieben werden kann.

Zutreffend wird in der Antwort des Gemeinderats der Raumbedarf der Musikschule festgehalten. Anzumerken ist, dass mit dem Umzug des Parlaments in die Räumlichkeiten des Rossstalls einzig der Aufwand für die Singschule, wie für den Musikunterricht an der Schule, reduziert werden konnte. Das eigentliche Problem ist damit aber ganz und gar nicht gelöst. Es geht um fehlende Räume für Gruppenunterricht, für Bands und um fehlende Schulräume für Schlagzeug- und Blasinstrumentunterricht. Aber, und das ist wichtig, es geht nicht nur um Räume für die Musikschule. Es geht auch um die Raumbedürfnisse der verschiedenen Musikvereine. Der Dachstock des Zingghauses kann keine dauerhafte Lösung für das Jugendorchester sein und die Jugendmusik hat Bedarf nach geeigneten Proberäumen und all die verschiedenen Bands in der Gemeinde Köniz haben Raumbedarf. Dieser Bedarf könnte mit dem "Haus der Musik" gedeckt werden. Es wäre damit möglich, Raum für das musizierende Köniz zu schaffen. Ich stimme mit dem Gemeinderat überein, wenn er in der Antwort ausführt, dass die Gemeinde mit dem "Haus der Musik" zusätzliche Ausstrahlung gewinnen könnte. Ich danke dem Gemeinderat an dieser Stelle im Namen des Vorstands der Musikschule Köniz für die Wertschätzung, die er mit seinen Ausführungen gegenüber der Musikschule zum Ausdruck bringt. Ich danke dem Gemeinderat auch, wenn er ausführt, dass er das Ziel der Motion grundsätzlich unterstützen will und unsere Analyse in Bezug auf die fehlenden Raumressourcen für richtig befindet. Ich bin mit dem Gemeinderat einverstanden, wenn mit den verschiedenen Akteuren der Musikszene eruiert wird, wo die Bedürfnisse genau liegen. Einverstanden bin ich auch damit, dass ein Mix zwischen Kultur und Kommerz gefunden werden muss. Das ist sicher der richtige Weg. Ich bin aber darüber enttäuscht, dass mit der Idee "Haus der Musik" nicht mehr passiert. Ich bin davon überzeugt, dass dies durchaus die zündende Idee sein könnte, die bis anhin in der Schlossplanung gefehlt hat und mit der die bisher fehlenden Sponsoren gefunden werden könnten. Das scheint mir, ist in der Antwort des Gemeinderats nicht einmal im Ansatz angedacht worden. Mir ist auch klar, dass die Gemeinde nicht einfach 8 bis 10 Millionen Franken – wenn es denn wirklich so viel ist – aus dem Hut zaubern und das "Haus der Musik" aus eigener Kraft bauen kann. Mit einer Idee, mit einem Konzept sollte es jedoch möglich sein, potente Sponsoren zu finden. Das sollte mit dieser Idee versucht werden und nicht die ganze Energie in eine Machbarkeitsstudie für ein Gästehaus investieren, das den Bürgerinnen und Bürgern von Köniz herzlich wenig bringt.

Der Motionstext ist bewusst offen formuliert. Ein "Haus der Musik" muss nicht zwingend bedeuten, dass dieses ausschliesslich für die Musik genützt wird. Es kann durchaus sein, dass wie im Bericht erwähnt, auch die Mediothek Platz finden wird. Ich persönlich frage mich zwar, ob der heute bestehende zentrale Standort im Stapfen nicht besser geeignet ist. Zu bedenken ist im Weiteren, ob es für die Mediothek Sinn macht, die Räume an der Stapfenstrasse, die für ihre spezifischen Bedürfnisse eingerichtet worden sind, wieder zu verlassen. Vertieft zu prüfen wäre, ob nicht auch andere kulturelle Sparten im "Haus der Musik" Platz finden könnten. Ich denke hier an Tanzunterricht, aber auch an Atelierräume für die bildende Kunst. Im Gegensatz zum Gästehaus würde mit dem "Haus der Musik" nicht nur dem Bedürfnis für das musizierende Köniz entsprochen, sondern damit könnte das Schlossareal belebt werden. Dies nicht nur durch all die Musikerinnen und Musiker, durch die die Räumlichkeiten regelmässig benützt werden. Es ist davon auszugehen, dass diese Gruppen und Bands das Schlossareal auch vermehrt für ihre Auftritte und Aktionen nützen würden. Das heisst aber auch, dass mit dieser Idee das Versprechen, das Schlossareal zu einem Begegnungsort für Bürgerinnen und Bürger von Köniz zu machen, eingelöst werden könnte. Das "Haus der Musik" würde mit Sicherheit weitere Kulturschaffende auf das Schlossareal locken und damit zur Belebung dieses Orts beitragen. Nicht nur das. Köniz würde mit einem solchen Effort aktive Jugend- und Präventionsarbeit leisten, würde doch das "Haus der Musik" Platz für die musizierende Musikkultur bieten.

In dem Sinn danke ich dem Gemeinderat, dass er bereit ist, das Anliegen vertieft zu prüfen und bitte ihn gleichzeitig, die Prüfung ernsthaft vorzunehmen und nicht auf dem eingespurten Weg weiterzufahren, sondern das Potenzial eines solchen "Haus der Musik" gerade im Hinblick auf die Sponsorensuche wirklich auszuloten.

Ich bitte Sie, den Vorstoss gemäss dem Antrag des Gemeinderats als Postulat erheblich zu erklären und so dem "Haus der Musik" eine Chance zu geben.

**Fraktionssprecher Hans Moser (SVP):** Die SVP-Fraktion wird der Umwandlung in ein Postulat zustimmen. Wir folgen dem Inhalt der Antwort des Gemeinderats, die sehr ausführlich ausgefallen ist. Es ist richtig und wichtig, dass in der Gemeinde Köniz ein "Haus der Musik" bestehen soll. Ein solches Haus muss aber auch für die Musiker und Musikerinnen der oberen Gemeinde zugänglich sein und genutzt werden können. Das Musik spielen ist für Jugendliche und junge Erwachsene eine gute Prävention. Auch der gesellschaftliche Aspekt darf nicht vergessen werden, der für alle Bürgerinnen und Bürger gut ist. Als möglicher Standort wäre die Pfrundschiür geeignet und damit werden Lärmemissionen in Wohngebieten vermieden. Das Spielen von Musik passt auch ins Schlossareal, das man ja als Kulturstandort nutzen will. Die Idee eines Gästehauses muss gut bedacht werden. Wir stellen aber fest, dass noch kein Nutzungskonzept vorhanden ist und somit die finanziellen Folgen für die Gemeinde nicht geklärt sind. Wir hoffen, dass diese Fragen aufgrund des Postulats geklärt werden können.

**Fraktionssprecherin Barbara Perriard (FDP):** Der französische Feldherr und Kaiser Napoléon soll gesagt haben: "Die Musik hat von allen Künsten den tiefsten Einfluss auf das Gemüt. Ein Gesetzgeber sollte sie deshalb am meisten unterstützen." Die FDP-Fraktion geht nicht davon aus, dass sich die Motionärinnen und Motionäre bei ihrem Vorstoss von diesem Gedanken leiten liessen. Im Gegenteil. Ich möchte denn auch unterstreichen, dass wir dem Anliegen viel Sympathie entgegenbringen. Wir sind der Meinung, dass der Raumbedarf unbestritten vorhanden ist und dass effektiv Handlungsbedarf besteht. Nichtsdestotrotz sind wir zum Schluss gelangt, dass es falsch wäre, sich schon heute die Hände binden zu lassen. Wir wollen zum jetzigen Zeitpunkt nichts präjudizieren, sondern wir wollen in Übereinstimmung mit dem Gemeinderat den Handlungsspielraum mit Blick auf die künftige Nutzung des gesamten Schlossareals wahren. Zudem ist es uns ein Anliegen, die verschiedenen kulturellen Nutzungsmöglichkeiten nicht gegen andere in Konkurrenz zu setzen oder gar gegeneinander auszuspielen. Ich bin deshalb auch besonders froh um die relativierenden Worte von Anna Mäder, was die Mediothekennutzung betrifft. Um nochmals darauf hinzuweisen, wie wichtig der Mehrheit unserer Fraktion die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Sparte Musik bei der weiteren Nutzungsplanung des Schlossareals ist, schliesse ich mit einem Zitat von E.T.A. Hoffmann: "Die Musik schliesst dem Menschen ein unbekanntes Reich auf, eine Welt die nichts gemein hat mit der äusseren Sinnenwelt, die ihn umgibt und in der er alle bestimmten Gefühle zurücklässt, um sich einer unaussprechlichen Sehnsucht hinzugeben."

Im Namen der FDP-Fraktion empfehle ich Ihnen, der Umwandlung der Motion in ein Postulat zuzustimmen.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Die Musikschule Köniz hat mit ihrem Angebot und mit ihren Projekten unbestritten eine weitreichende Ausstrahlung. So wird z. B. in diesem Sommer das Jugendorchester zusammen mit dem Kammerchor des Gymnasiums Kirchenfeld mit mehr als 100 Jugendlichen eine Tournee durch Serbien unternehmen. Mit einer ganzen Reihe von Auftritten, wird sie unter anderem auch in Prijepolje – unserer Partnerstadt – Auftritte geben. Köniz klingt also weit über die Gemeindegrenzen hinaus und ermöglicht den Jugendlichen einmalige, unvergessliche und auch völkerverbindende Erfahrungen. Was hat dies mit dem Vorstoss zu tun? Der Gedanke, dass z. B. solche Auftritte und Erfahrungen noch mehr als jetzt ihren Anfang an einen Ort im Herzen von Köniz haben, der von der Ambiance her prädestiniert ist für solche kreativen Engagements, scheint mir nicht abwegig. Die Fraktion der Grünen war deshalb ziemlich überrascht von der Aussicht, dass die Planung für die Pfrundschiür als Option für ein Gästehaus schon bald fertig sein soll und die kantonale Denkmalpflege für eine Stellungnahme involviert werden kann. Wir waren auch deshalb von der Entwicklung überrascht, weil die Projektgruppe Schloss im Mitwirkungsbericht von Juni 2009 auf Seite 24 immerhin den Fokus für ein Gästehaus noch klar auf das Rappentöri gelegt hat. Das, nachdem der Standort beim alten Friedhof in der Mitwirkung durchgefallen ist. Wir denken, dass der Standort Pfrundschiür grundsätzlich als Standort für ein Gästehaus wenig geeignet ist. Dies, weil sich die Gäste an diesem Standort über kurz oder lang an den unvermeidbaren abendlichen Immissionen stören dürften. Das könnte zu leidigen Konflikten oder sogar Einschränkungen für die abendlichen Anlässe rundum führen. Ein "Haus der Musik", nicht nur beschränkt auf die Musikschule, würde sich umgekehrt auch mit Abendveranstaltungen sehr gut nahtlos in diese Umgebung einreihen. Grundsätzlich erscheint uns die Pfrundschiür ein geeignetes Haus für eine vielfältige Nutzung von musischer und kultureller Art zu sein. Dies so wie im Vorstoss vorgesehen, auch als Arbeits- und Veranstaltungsort. Besonders letzteres fördert gleichzeitig die Begegnungen vielfältiger Art, wie es im Nutzungskonzept für das Schlossareal vorgesehen und gewünscht worden ist.

Wir begrüßen, dass der Gemeinderat bereit ist, das Anliegen zu prüfen und werden dem Vorstoss als Postulat zustimmen.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Ich danke dem Gemeinderat für die musikalische Antwort auf den Vorstoss. Mir schien sie fast wie ein zweistimmiges Musikstück, dessen Stimmen gegeneinander ankämpfen und in allen möglichen Variationen vorgetragen werden, um schliesslich in einem fadeout zu verschwinden, ohne dass man recht weiss, ob man nun einen Ohrwurm im Kopf haben soll oder ob die zündende Idee fehlt.

Drei Sachen sind zusammengekommen: Erstens sind die Bedürfnisse der Musikmachenden klar dargelegt und unbestritten. Zweitens ist als Bremse hinzugekommen, dass man noch nicht weiss, wie sich das Schlossareal entwickeln soll. Drittens sind wir beim Thema "das liebe Geld" sehr vorsichtig, besonders nach der heutigen Debatte. Deshalb ist es konsequent, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Vorstoss als Postulat zustimmen.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Vor rund 20 Jahren kam die Gemeinde Köniz in den Besitz des Schlosses und wie richtig festgestellt worden ist, ist in diesen 20 Jahren nicht viel Sichtbares von sich gegangen. Eines rufe ich in Erinnerung: Vor einigen Jahren hat ein Architekturwettbewerb für ein Projekt stattgefunden, das aus dem Schloss das Verwaltungszentrum und den Plenarsaal von Köniz erarbeiten sollte. Die älteren Mitglieder des Parlaments mögen sich sicherlich noch daran erinnern. Man kann schon der Meinung sein, dass der Gemeinderat bis jetzt nicht viel unternommen habe. Über den Umstand, dass dieses Projekt nicht zustande gekommen ist, bin ich froh. Das Gemeindehaus konnte deshalb am richtigen Standort gebaut werden und der Plenarsaal ist nun trotz allem im Schlossareal.

Ich bin froh, dass Anna Mäder der Umwandlung in ein Postulat zustimmt. Die zündende Idee ist tatsächlich bis jetzt noch nicht gefunden worden. Das Schlossareal lässt derart vielfältige Möglichkeiten zu, dass man sowohl ein Musikhaus wie ein Gästehaus, ein Hotel wie ein Restaurant realisieren kann. In der jetzigen Situation ist das Schlossareal noch in einer Zone für öffentliche Nutzung, die nur solche zulässt. Deshalb ist die Zonenplanänderung aufgegleist worden und dazu sind Nutzungsstudien ausgearbeitet worden. Die Überbauungsordnung ist zusammengestellt worden und wir sprechen von einer Schlosszone, auf der ein ziemlich breites Spektrum zugelassen wird. Wollen wir konkret mit Investoren in Verhandlungen treten, was eine Win-Win-Situation zwischen Kultur und Kommerz zulässt, müssen zuerst die Hausaufgaben in Bezug auf die Zonierung gemacht werden. Das "Haus der Musik" kann durchaus eine Nutzungsmöglichkeit auf dem Schlossareal sein, das stelle ich nicht in Abrede.

---

## **Beschluss**

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

### **12. 1002 Interpellation (Locher, EVP) "Jugendlokal Köniz/Liebefeld"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Patrik Locher (EVP):** Ich beantrage Diskussion.

Da mehr als 10 Stimmen für Diskussion stimmen, wird sie gewährt.

**Patrik Locher (EVP):** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Vorstosses. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

Grosse Mühe macht mir das Vorgehen der Gemeinde. In der Antwort des Gemeinderats ist zu lesen, dass das Geschäft zum neuen Jugendtreff dem Parlament in nächster Zeit vorgelegt wird. Je nachdem werden noch Monate verstreichen, bis der neue Jugendtreff realisiert ist und von den Jugendlichen besucht werden kann. Ich finde es auch sehr wichtig, dass der Standort eines Jugendtreffs sorgfältig ausgesucht wird und, wie vom Gemeinderat beschrieben, verschiedene Kriterien berücksichtigt werden. Ich kann auch verstehen, dass ein solcher Vorgang viel Zeit in Anspruch nimmt und genau ausgewertet werden muss. Wie der Antwort zu entnehmen ist, mussten Verzögerungen infolge Krankheitsfällen beim Personal in Kauf genommen werden. Dafür habe ich Verständnis. Die Gründe für die Prioritätensetzung der Gemeinde – mit denen argumentiert worden ist – würden mich jedoch sehr interessieren. Aus eigener Erfahrung darf ich sagen, dass die Jugend in Köniz nicht hinten ansteht. Wir haben z. B. dank dem Jugendparlament beste Möglichkeiten, Projekte zu realisieren Gerade letzthin haben wir Mittel erhalten, um in Eigenarbeit für die Skater und die Allgemeinheit eine neue Minirampe (eine kleine Halfpipe) zu bauen. Diese steht nun auf der Sportanlage im Liebefeld und wird rege genutzt.

Leider muss ich aber feststellen, dass die Jugend auch nicht zuvorderst steht, betrachtet man den vorliegenden Vorstoss. Eine Wartezeit von mehr als drei Jahren ist aus meiner Sicht und aus der Sicht von zahlreichen Jugendlichen aus dem Liebefeld und von Köniz eigentlich zu viel. Viele Erwachsene haben damit kein Problem, einige Jahre auf etwas zu warten. Für Jugendliche sind drei Jahre aber sehr viel. Durch die lange Wartezeit haben diverse Jahrgänge keine Möglichkeit gehabt, je einen Jugendtreff zu besuchen. Und wie es halt so ist, wenn keine Möglichkeit besteht, den Jugendtreff im Quartier zu besuchen, müssen Alternativen gefunden werden. Die einen sind für den Ausgang in die Stadt Bern ausgewichen. Da die Buslinie 10 ideal von Köniz nach Schliern fährt, haben viele Jugendliche den Jugendtreff in Schliern als Ausgangsalternative gewählt. Der Jugendtreff in Schliern ist unter anderem wegen zu viel Lärm in letzter Zeit oft negativ aufgefallen. Dieses Problem kann einen Zusammenhang mit der Schliessung des Jugendtreffs in Köniz und der damit verbundenen Verlagerung der Besuchenden haben. Leider zeichnet sich in Niederwangen ein ähnliches Szenario ab. Der Jugendtreff musste aus seinen Räumlichkeiten ausziehen und ein Ersatz ist meines Wissens nicht in Sicht. Aus den Medien habe ich erfahren, dass nach einem Ersatz gesucht wird. Dies hoffentlich mit mehr und schnellerem Erfolg als in Köniz.

Ich bitte den Gemeinderat ausdrücklich darum, so schnell als möglich einen Ersatz zu suchen. Ich werde mich an einer der nächsten Parlamentssitzungen unter dem Traktandum "Verschiedenes" nach dem Stand der Dinge erkundigen.

Weiter wird als Antwort auf die erste Frage ein plumpes Nein erwidert. Ich habe aber gehört, dass eine Art Jugendbüro im Liebefeld entstanden ist. Das ist in keiner Hinsicht ein gleichwertiges Angebot wie der Jugendtreff, da sich das Büro in einem Wohnhaus befindet und nur beschränkte Öffnungszeiten anbietet. Die Antwort des Gemeinderats ist eigentlich richtig, man hätte aber auf dieses Jugendbüro verweisen können. Der neue Standort des Jugendtreffs wird das ehemalige Röhrenlager visavis des Liebefeld-Parks sein. Dieser Standort wird aber nicht lange bestehen, weil für dieses Areal eine andere Nutzung vorgesehen ist. Ich wünsche mir einen Jugendtreff in Köniz, wo sich die jungen Leute versammeln können und ihre Freiheiten haben, aber auch Hilfe in Anspruch nehmen dürfen und begleitet werden. Ein Jugendtreff, an dem sie Möglichkeiten haben, Wände zu besprayen oder auf dem Vorplatz skaten können. Ein Treff, der alle paar Jahre den Standort wechseln muss und in der Zwischenzeit tote Hose ist, ist keine Lösung.



Falls der Jugendtreff wieder einmal verschoben werden muss, bitte ich den Gemeinderat darum, früh genug zu planen, damit der Betrieb möglichst nahtlos weitergeführt werden kann und nicht wieder Jahre vergehen, bis irgendetwas passiert.

Ich bitte den Gemeinderat darum, die Jugend in dieser Beziehung nicht auf die lange Bank zu schieben.

**Laavanja Sinnadurari (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass die dargelegten Bemühungen in Punkt 2 verständlich und nachvollziehbar sind. Dennoch ist zu bedauern, dass seit dem Brand fast drei Jahre vergangen sind, bevor im Parlament ein neuer Kredit beantragt wird. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Jugendlichen nicht verstehen werden, dass infolge anderer Prioritätensetzung das Geschäft zusätzlich verzögert worden ist. Das kann erst recht nicht verstanden werden, weil aus der Antwort des Gemeinderats nicht klar zu entnehmen ist, was er unter "andere Prioritäten" versteht. Wir sind der Meinung, dass Jugendtreffs einen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. Es ist besser, wenn sich die Jugendlichen in Treffs aufhalten als auf der Strasse.

**Liz Fischli (Grüne):** Ich bin Präsidentin des Wabern-Leists und als solche habe ich intensiv Kontakt mit der Jugendarbeit Köniz in Wabern gehabt. In Wabern können wir uns glücklich schätzen, dass nach einer Phase ohne, wieder ein Jugendtreff in Betrieb genommen werden konnte. Dort wird sehr engagiert gearbeitet. Dass vor Ort Raum für die Jugendlichen vorhanden ist, ist sehr zentral. Nicht alle Jugendlichen treffen sich aber in diesem Räumlichkeiten und aus diesem Grund schätze ich die Politik der aufsuchenden Jugendarbeit. Unter Umständen können aber jene Jugendlichen in die Lokalitäten des Jugendtreffs eingeladen werden. Ich unterstütze die Voten meiner Vorredner aus der Sicht der Erfahrungen, die wir in Wabern gemacht haben. Wir wären ebenfalls froh, wenn ein Jugendtreff in Köniz möglichst schnell realisiert wird.

**Ulrich Witschi (BDP):** Die BDP-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass sich betreffend Jugendlokal Liebefeld Lösungen abzeichnen und dies trotz der vorangehenden Finanzdiskussion. Die Antworten des Gemeinderats nehmen wir gerne als Versprechen entgegen, besonders was den Zeitrahmen für die Realisierung des Jugendtreffs anbelangt. Die Realisierung eines Jugendlokals im Liebefeld ist mir persönlich nicht nur als Fraktionsmitglied wichtig, sondern auch als Vater, dessen Nachwuchs 17-, 15- und 11-jährig ist und wir im Liebefeld wohnen. Für Jugendliche in diesem Alter bestehen, neben den Vereinen und dem kulturellen Angebot, kaum Möglichkeiten, sich einfach zu treffen. Also treffen sich die Jugendlichen an jenen Orten, worüber wir hier drin im Zusammenhang mit Lärm, Abfall und sogar Vandalismus diskutieren. Das muss nicht sein. Wir wollen doch zeigen, welche Priorität die Jugendlichen in unserem Handeln haben und dass wir bereit sind, in die Jugend zu investieren.

Die BDP-Fraktion stellt sich hinter ein solches Vorhaben und wir bitten den Gemeinderat, rasch vorwärts zu machen und das Parlament, dieser Idee die nötige Unterstützung zu geben.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Wir haben bereits darüber gesprochen. Patrik Locher und ich wären erstaunt gewesen, wenn heute Abend nicht Diskussion verlangt worden wäre.

Zum Vorgehen: Wir werden in der nächsten Woche das vorbereitete Geschäft für den Ersatzstandort des Jugendtreffs im Liebefeld in das interne Mitberichtsverfahren geben. Das dauert 10 Tage. Danach wird das Geschäft ausgearbeitet und im Juni dem Gemeinderat vorgelegt. Der Gemeinderat wird darüber beschliessen und je nach dem gelangt das Geschäft an der folgenden Sitzung ins Parlament. Der Entscheid ist gefallen und der Ersatz für den abgebrannten Jugendtreff wird so schnell als möglich realisiert. Dafür ist aber ein Baubewilligungsverfahren nötig, bei dem aber Einsprachemöglichkeiten bestehen. Ich muss auch sagen, dass bei der Evaluation der möglichen Orte für den Jugendtreff darauf geachtet werden musste, wer in der Nachbarschaft ansässig ist. Das hat die Situation nicht vereinfacht, weil das Image und die Akzeptanz von Jugendtreffs nicht sehr hoch ist. Deshalb war es uns wichtig, einen Platz zu finden, in dessen Nähe sich kein grosses Konfliktpotenzial befindet. Am vorgesehenen Standort sollte dies möglich sein.

Patrik Locher hat erwähnt, dass die Situation in Niederwangen ähnlich ist. Das stimmt, und ich bedaure dies. Wir haben einen Leistungsvertrag mit der Jugendarbeit Köniz (juk) und diese ist für diese Jugendtreffs zuständig. Wenn wir Räumlichkeiten kündigen müssen, weil die diese, wie jetzt in Niederwangen, für die Tagesschulen benötigt werden, unterstützen wir die juk bei der Suche nach neuen. Die juk selber muss sich aber auch engagieren. In Niederwangen ist es in Bezug auf die Suche nach neuen Räumlichkeiten "dumm gelaufen". Der Mietvertrag ist von unserer Seite her unterschrieben gewesen und die Verhandlungen mit dem Liegenschaftsbesitzer waren beendet.

Im letztmöglichen Augenblick ist der Liegenschaftsbesitzer jedoch ausgestiegen. Das ist schade. Wir haben versucht, die Jugendlichen zu unterstützen und zurzeit sind zwei Gebäude in der Diskussion.

Wir haben auch unkonventionelle Lösungen gesucht, wie z. B. im Spiegel. Dort war kein Jugendtreff mehr vorhanden. Innert kürzester Zeit konnte mithilfe der JUK, aber auch von uns, der Jugendtreff wieder eröffnet werden. Damit haben wir etwas Spielraum erhalten. Patrik Locher hat erwähnt, dass die Jugendlichen aus dem Raum Köniz-Liebefeld in den Jugendtreff nach Schliern ausgewichen sind. Das haben wir der JUK sogar empfohlen. Ich persönlich gehe davon aus, dass Jugendliche die den Jugendtreff besuchen, keinen Lärm oder sogar Vandalismus verursachen. In Schliern war nicht primär der Jugendtreff Brennpunkt, sondern jene die ihn nicht besuchen, haben sich an der Bushaltestelle aufgehalten. Patrik Locher hat ausserdem gewünscht, dass der Standort für einen Jugendtreff nicht dauernd wechseln soll. Ich verstehe diesen Wunsch. Wir sehen nun vor, einen Modulbau anzuschaffen, der einfach an einem anderen Ort wieder aufgestellt werden kann. Der Gebäudekomplex wäre damit sichergestellt. Das Jugendbüro ist auf keinen Fall ein Jugendtreff. Es handelt sich um eine Anlaufstelle für junge Leute, vor allem aber soll es ein fester Arbeitsplatz für die Jugendarbeitenden sein.

Dem Gemeinderat ist es sicher kein Anliegen, nichts für die Jugendlichen zu unternehmen. Wir werden uns für Euch einsetzen und wollen nichts auf die lange Bank schieben. Ich habe versucht, auf dem Dreispitzareal relativ kurzfristig eine Ersatzlösung in Form eines Tipizelts zu finden. Weil irgendwo die Koordination innerhalb der Verwaltung nicht geklappt hat und die Leitungen gekappt worden sind, funktionierte diese Idee leider nicht.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

### 13. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

- 1010 Dringliche Interpellation (SP) "Statt in Strassen in Schulhäuser und den Park investieren!"
- 1011 Interpellation (SP) "In die Schulhäuser Buchsee und Wandermatte investieren - zum Wohle der Schülerinnen und Schüler"
- 1012 Interpellation (FDP. Die Liberalen) "Liberalisierung der Kinderbetreuung - neue Entwicklungen in der Region Bern"
- 1013 Interpellation (FDP. Die Liberalen) "Direkter Zugang Riedmoosbrücke - S-Bahnstation Niederwangen - ein neues Zeichen für Niederwangen"

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich mache auf eine Veranstaltung vom 22. Juni 2010, 20.30 Uhr, aufmerksam: Im Gemeindehaus Bläuacker wird im Lichthof ein öffentliches Forum zur Tramregion Bern stattfinden. Der Stand des Vorprojekts wird vorgestellt. Sie sind alle herzlich zur Teilnahme eingeladen.

**Parlamentspräsident Christian Burren:** Ich danke allen für die effiziente Arbeit. Trotz der reichhaltigen Traktandenliste dauerte die Sitzung nicht allzu lange. Wir treffen uns am 28. Juni 2010 um 19.00 Uhr zur nächsten Sitzung.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament